



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 7.6.2011
SEK(2011) 714 endgültig

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

**Bewertung des nationalen Reformprogramms und des Stabilitätsprogramms 2011 für
DEUTSCHLAND**

Begleitdokument zum / zur

Empfehlung für eine

EMPFEHLUNG DES RATES

**zum nationalen Reformprogramm 2011 für Deutschland und Stellungnahme des Rates
zum aktualisierten Stabilitätsprogramm für Deutschland 2011-2014**

{SEK(2011) 806 endgültig}

1. EINLEITUNG

Als offene und stark exportorientierte Volkswirtschaft wurde Deutschland von der Krise hart getroffen. Die deutsche Wirtschaft konnte jedoch von der Belebung des Welthandels und einer starken Nachfrage nach Investitionsgütern profitieren und eine spürbare konjunkturelle Dynamik entfalten. 2010 war die Inlandsnachfrage die wichtigste Wachstumsstütze, sodass der Konjunkturaufschwung nach und nach auf eine breitere Grundlage gestellt werden konnte. Nach einer zeitweisen Verschlechterung während der Krise hat Deutschland 2010 seine Wettbewerbsfähigkeit weiter gesteigert und sich dank seines starken Wachstums zu einem zentralen Wachstumsmotor für die EU insgesamt entwickelt.

Da die Haushaltsposition vor der Krise solide war, ist die Verschlechterung der Finanzlage nahezu vollständig auf die konjunkturfördernden Maßnahmen zurückzuführen, mit denen die Folgen des wirtschaftlichen Abschwungs abgeschwächt werden sollten. Die schnelle Konjunkturerholung und der bemerkenswert robuste Arbeitsmarkt sorgten jedoch bereits 2011 für eine wesentliche Verbesserung der öffentlichen Finanzen. Mit der am 27. April 2011 vorgelegten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms (SP) für 2011 und dem nationalen Reformprogramm (NRP) für 2011, das der Europäischen Kommission am 7. April 2011 übermittelt wurde, bekräftigte die Bundesregierung ihre Entschlossenheit, die öffentlichen Finanzen weiter zu konsolidieren und Strukturreformen umzusetzen. Das NRP enthält außerdem Maßnahmen, mit denen Deutschland die Ziele des Euro-Plus-Pakts (Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und Stärkung der Finanzstabilität) umsetzen wird.

2. JÜNGSTE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND AUSSICHTEN

2.1. JÜNGSTE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Als die Krise Deutschland erreichte, war die Wirtschaft in einer relativ stabilen Verfassung, da sie zuvor einen längeren Anpassungsprozess durchlaufen hatte. Im Zeitraum vor 2005 waren angesichts des damals schleppenden Wachstums und des schlecht funktionierenden Arbeitsmarkts längst überfällige Strukturreformen auf den Weg gebracht worden, darunter auch umfassende Anpassungen des Steuer- und Sozialleistungssystems sowie Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen). Die Anpassungen im öffentlichen und privaten Sektor führten zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, verbesserten die Wettbewerbsfähigkeit und steigerten die Unternehmensrentabilität, sodass ab 2005 die Weichen für eine stärkere Investitionstätigkeit und zusätzliches Wachstum gestellt waren. Das aufgrund der kräftigeren Auslandsnachfrage gestiegene Exportwachstum, die wiederhergestellte Kostenwettbewerbsfähigkeit und die weiterhin relativ gedämpfte Binnennachfrage bewirkten einen wachsenden Leistungsbilanzüberschuss. Die Arbeitslosenzahlen gingen zurück und da es in Deutschland keinen Immobilienboom gegeben hatte, hielt sich auch die Verschuldung der Privathaushalte in Grenzen.

Die Produktion hatte angesichts der ausgeprägten Exportorientierung des verarbeitenden Gewerbes und der Spezialisierung auf Investitionsgüter massiv mit der Krise zu kämpfen. Der Einbruch des Welthandels löste 2009 einen Zusammenbruch der Exporte und Investitionen aus und das reale BIP schrumpfte in noch nie dagewesener Weise um 4,7 %. Dennoch gehen die Arbeitslosenzahlen – nach einem geringfügigen Anstieg – seit Ende 2009 kontinuierlich zurück. Die überraschende Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarkts ist den früheren Reformen zuzuschreiben, z. B. den flexibleren Arbeitszeitregelungen, die eine Verringerung der

Arbeitszeit erleichtern, sowie der staatlichen Unterstützung bei Kurzarbeit. Zusammen mit den konjunkturfördernden Maßnahmen haben diese Entwicklungen dazu beigetragen, die Auswirkungen der Krise auf die Haushalte und den privaten Verbrauch zu begrenzen.

Die Krise brachte gravierende Schwächen im deutschen Bankensektor zu Tage. Die Eigenkapitalausstattung verschiedener Banken, insbesondere einiger Landesbanken, reichte nicht mehr aus, um die aus weltweiten Engagements in Subprime-Krediten und strukturierten Finanzinstrumenten resultierenden erheblichen Verluste und Abschreibungen abzufedern. Zu den Maßnahmen, die die Bundesregierung zur Stabilisierung des Finanzsektors ergriff, zählten die Bereitstellung von Garantien in Höhe von bis zu einem Sechstel des BIP und Kapitalspritzen, was bislang eine Defiziterhöhung um knapp 1 % des BIP zur Folge hatte. Die Gründung von Abwicklungsanstalten („Bad Banks“), mit deren Hilfe Bankbilanzen von wertgeminderten Vermögenswerten befreit wurden, verursachte einen Anstieg der Schuldenquote von über 10 % des BIP¹.

Die öffentlichen Finanzen haben sich nach der Krise erheblich verschlechtert. Während der gesamtstaatliche Haushaltssaldo 2007-08 noch einen leichten Überschuss aufwies, ergab sich 2009 infolge des Effekts der automatischer Stabilisatoren, die ihre volle Wirksamkeit entfalteten, und des umfangreichen Maßnahmenpakets der deutschen Behörden ein Defizit von 3 % des BIP. Das Maßnahmenpaket umfasste u. a. Unterstützungsmaßnahmen für den Finanzsektor und setzte wesentliche finanzielle Anreize, um die Haushalte und Unternehmen zu entlasten, die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zu steigern und den Arbeitsmarkt zu stabilisieren.

Die deutsche Wirtschaft hat sich von der Rezession kräftig erholt. 2010 stieg das BIP real um 3,6 %, die höchste Wachstumsrate seit den frühen 1990er Jahren. Darüber hinaus konnten die Exporte den im Jahr 2009 verzeichneten massiven Rückgang wieder wettmachen und ermöglichten dadurch einen Aufschwung auf breiterer Basis. Den größten Wachstumsbeitrag leistete die Inlandsnachfrage. Die Ausweitung der Investitionen sowie der Anstieg der Beschäftigungszahlen und der geleisteten Arbeitsstunden sorgten für eine Belebung des privaten Verbrauchs.

Diese rasche Erholung lässt sich durch verschiedene Faktoren erklären. Zunächst einmal wirkte die Wirtschaftskrise vor allem durch den zeitweisen Einbruch des Welthandels negativ auf Deutschland ein. Die vorstehend genannten großen Strukturreformen hatten allerdings für eine Stärkung der wirtschaftlichen Fundamentalfaktoren gesorgt. Da Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern vor der Krise keinen Immobilien-, Anlage- oder Kreditboom erlebte, wird die Entwicklung jetzt nicht dadurch gebremst, dass der Staat die aus derartigen Entwicklungen resultierenden Ungleichgewichte bekämpfen muss. Schließlich war der deutsche Exportsektor durch seine Spezialisierung auf Investitionsgüter besonders gut aufgestellt, um vom Nachfrageboom in den aufstrebenden Märkten und von der beginnenden weltweiten Erholung zu profitieren.

Der Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits auf 3,3 % des BIP im Jahr 2010 ist in erster Linie der weiterhin expansiven Finanzpolitik zuzuschreiben. Die Schuldenquote kletterte von 66 % (2008) auf 83,2 % (2010), wobei rund 12 % des Anstiegs auf die Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors zurückzuführen sind. Die Sparpläne, die auch als Antwort auf die

¹ In diesen Schätzungen sind alle Vorgänge auf sämtlichen Regierungsebenen seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 berücksichtigt, einschließlich der Auswirkungen im Zusammenhang mit der Gründung der Abwicklungsanstalten der Hypo Real Estate (HRE) (FMS Wertmanagement, FMS-WM) und der WestLB (Erste Abwicklungsanstalt, EAA).

Anforderungen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit² und die neue im Grundgesetz verankerte Schuldenregel³ zu verstehen sind, weisen darauf hin, dass sich die Wirtschaft in den kommenden Jahren auf einen restriktiven finanzpolitischen Kurs einstellen muss. Bei der in erster Linie ausgabenseitigen Konsolidierung sind jedoch wachstumsfördernde Maßnahmen von den Kürzungen weitgehend ausgenommen.

2.2. AUSSICHTEN

Das Wirtschaftswachstum dürfte sich künftig etwas verlangsamen, 2011-12 aber weiterhin über der Potenzialrate liegen. Nach der Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen wird das BIP 2011 real um 2,6 % und 2012 um 1,9 % wachsen. Weitere schrittweise Beschäftigungszuwächse und ein infolge der zunehmenden Arbeitskräfteknappheit steigendes Lohnwachstum dürften die Entwicklung des privaten Verbrauchs abstützen. Auch die vollen Auftragsbücher, günstigen Realzinssätze und die nach dem Ende der Boomphase ausländischer Vermögenswerte geringeren Kapitalexporte dürften sich positiv auf die inländischen Investitionen auswirken. Das Exportwachstum wird aufgrund des expandierenden Welthandels voraussichtlich seine Dynamik behalten und die anhaltend kräftige Inlandsnachfrage dürfte das Importwachstum weiter beflügeln. Da das Wachstum zunehmend von der Inlandsnachfrage getragen wird, dürfte der Leistungsbilanzüberschuss nach und nach abnehmen. Der in erster Linie durch die höheren Energiepreise verursachte Anstieg der Verbraucherpreise wird 2011 bei voraussichtlich 2,6 % liegen und 2012 auf 2 % sinken. Angesichts der soliden wirtschaftlichen Erholung dürfte das gesamtstaatliche Defizit 2011 auf 2 % und 2012 auf 1,2 % des BIP zurückgehen.

Die mittelfristigen Wachstumsaussichten haben sich durch die Krise nicht wesentlich verschlechtert. Für 2011-15 gehen die Kommissionsdienststellen von einem potenziellen Wachstum von durchschnittlich rund 1½ % aus und die Investitionsaussichten dürften weiterhin positiv bleiben. Auch gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Krise zu einer höheren strukturellen Arbeitslosigkeit geführt oder die Aussichten für das Wachstum der gesamten Faktorproduktivität beeinträchtigt hat.

Die makroökonomischen Aussichten sind mit Risiken behaftet, die vor allem auf externe Entwicklungen zurückgehen. So könnten die Exportchancen durch eine Verschlechterung der Aussichten bei den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands getrübt werden, z. B. durch einen von der Entwicklung der Energiepreise angeheizten Anstieg der Inflation über einen längeren Zeitraum, der außerdem die Inlandsnachfrage dämpfen könnte. Käme es auf den Finanzmärkten zu weiteren Störungen, könnten die dabei entstehenden Verluste im Bankensektor den Aufschwung behindern, da sich eine derartige Entwicklung nachteilig auf das Kreditangebot auswirken würde. Schließlich könnten auch entstehende Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und eine weitere konjunkturbedingte Anpassung, die die demografischen Trends noch verschärft, das Wachstum mittelfristig stark beeinträchtigen.

3. ÜBERWACHUNG, VERFAHRENSFRAGEN UND GOVERNANCE

2 Siehe Empfehlungen des Rates an Deutschland vom 2. Dezember 2009, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/pdf/30_edps/104-07_council/2009-12-02_de_126-7_council_en.pdf.

3 Nach der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel darf das strukturelle Defizit des Bundes ab 2016 höchstens 0,35 % des BIP betragen. Die Einhaltung der Vorgabe des ausgeglichenen Haushalts ist für die Länder ab 2020 vorgesehen.

Die Bundesregierung legte der Europäischen Kommission am 7. April 2011 das NRP und am 27. April 2011 die Aktualisierung des SP vor. Bundestag und Bundesrat waren sowohl zum NRP als auch zum SP konsultiert worden, während die Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände) lediglich zum NRP konsultiert worden waren. Zwischen dem NRP und dem SP wurde eine enge Kohärenz sichergestellt. Die beiden Programme legen in integrierter Weise die Konsolidierungsanstrengungen und die wichtigsten Strukturreformen zur Unterstützung der makroökonomischen Stabilisierung dar und basieren auf den gleichen makroökonomischen Aussichten. Das SP deckt den Zeitraum 2011-2015 ab. Im NRP werden die nationalen Ziele in den Bereichen Beschäftigung, FuE, Energie und Klimawandel, Bildung und Verringerung der Armut aufgeführt (siehe Tabelle 1). Es enthält außerdem die Maßnahmen des deutschen Aktionsprogramms 2011 für den Euro-Plus-Pakt, die auf eine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, der Beschäftigung, der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Finanzstabilität abzielen (siehe Kasten 1).

Tabelle 1: Deutschlands Ziele für 2020

Europa-2020-Ziele	Ist-Zustand Deutschland ⁴	in	Deutschlands Ziel für 2020 im NRP
FuE-Investitionen (% des BIP)	2,82 %		3 %
Beschäftigungsrate (%)	74,9 % (2010)		77 %
Schulabbrecherquote (%)	11,1 %		10 %
Tertiäre Bildung (%)	40,8 %		42 %
Verringerung der Anzahl der Menschen die in Armut leben oder armutsgefährdet sind	16,2 Mio. Menschen		Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit um 20 %, d. h. um 330 000 Personen (bzw. um 660 000 Personen, die in einem Erwerbslosenhaushalt leben)
Energieeffizienz – Verringerung des Energieverbrauchs in MtRÖE			Verringerung des Primärenergieverbrauchs um 38,3 MtRÖE ⁵
Treibhausgasemissionen (aus Quellen, die nicht vom Emissionshandelssystem erfasst werden)	9,7%		18 %
Erneuerbare Energien (% am Energieverbrauch insgesamt)	-3 % ⁶		-14 % ⁷

4. POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN UND BEWERTUNG DER POLITISCHEN VORHABEN

4.1. HERAUSFORDERUNGEN

⁴ Zahlen von Eurostat.

⁵ Schätzung der Kommission. MtRÖE= Millionen Tonnen Öläquivalent.

⁶ Dieser Umfang entspricht der Entwicklung im Zeitraum 2005-2008 von Emissionen, die nicht vom Emissionshandelssystem erfasst werden. Da der Anwendungsbereich des Systems zwischen 2005 und 2008 erweitert wurde, werden diese Emissionen auf der Grundlage der einschlägigen UNFCCC-Quellenkategorien geschätzt (nicht als Differenz zwischen Gesamtemissionen und der im EU-Emissionshandelssystem geprüften Emissionen).

⁷ Die in der Entscheidung Nr. 406/2009/EG (Lastenteilungsentscheidung) festgelegte nationale Emissionsobergrenze gilt für Emissionen, die nicht vom Emissionshandelssystem der EU erfasst werden. Die Obergrenze wird in Abhängigkeit der Emissionen im Jahr 2005 als Mindestwert für die relative Senkung (bei negativen Werten) oder als Höchstwert für den relativen Anstieg (bei positiven Werten) angegeben.

Deutschland steht vor verschiedenen mittelfristigen politischen Herausforderungen, die miteinander verknüpft sind. So sind die bestehenden strukturellen Probleme im Arbeitsmarkt und Bildungssystem mit Blick auf den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu lösen, die Schwächen im Banken- und Dienstleistungssektor und in den Netzindustrien müssen angegangen werden und es ist erforderlich, eine wachstumsfreundliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sicherzustellen.

Die positive Entwicklung in den Bereichen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit muss weiter gestärkt werden, um den negativen Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Arbeitskräfteangebot entgegenzuwirken und den privaten Verbrauch zu stützen. Die demografische Entwicklung zeigt außerdem, wie wichtig angesichts der gestiegenen Lebenserwartung die jüngsten Reformen zur Anhebung des gesetzlichen Rentenalters und die weitere Förderung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer sind. Trotz der sinkenden Arbeitslosenzahlen stellen die Langzeitarbeitslosigkeit und die hohe Arbeitslosigkeit unter gering qualifizierten Arbeitskräften, vor allem solchen mit Migrationshintergrund, weiterhin eine Herausforderung dar. Darüber hinaus ist die Steuer- und Abgabenbelastung nach wie vor hoch, insbesondere im mittleren und im Niedriglohnbereich, was die Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen, private Investitionen und die Erwerbsbeteiligung bremst. Lohnerhöhungen schlagen sich daher nur zum Teil in höheren verfügbaren Einkommen und somit in der Inlandsnachfrage nieder. Bei jeder Änderung am Steuer- und Sozialleistungssystem müsste jedoch sichergestellt werden, dass das Sozialleistungssystem nachhaltig finanziert ist und leistungsfähig bleibt.

Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit im Dienstleistungssektor würde das Produktivitätswachstum stärken und die Inlandsnachfrage beleben. Obwohl in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt wurden, u. a. durch die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, besteht noch Spielraum für den Abbau von Hindernissen für den Markteintritt und das Verlassen des Marktes, insbesondere durch eine weitere Vereinfachung des Zulassungssystems. So sind die einschlägigen Vorschriften für bestimmte freie Berufe (z. B. Ingenieure, Architekten, Apotheker, Anwälte) offenbar strenger als in anderen Ländern und auch im Handwerk sind die Eintrittsschranken vergleichsweise hoch. Des Weiteren werden arbeitsintensive Dienstleistungen durch die hohe Steuer- und Abgabenbelastungen und die Lohnnebenkosten möglicherweise besonders belastet und dadurch in ihrer Entwicklung gebremst. Was den Wettbewerb in den Netzindustrien angeht, ist eine wirksame Entflechtung von Infrastrukturbetrieb und Schienenverkehrsdiensten weiterhin von entscheidender Bedeutung, um den Wettbewerb zu stärken.

Um den entstehenden Facharbeitermangel zu bekämpfen, müssen weitere Reformen zur Verbesserung der Bildungsqualität und des Zugangs zum Bildungssystem umgesetzt werden. Auf diesem Wege könnte Deutschlands komparativer Vorteil bei Hochtechnologieprodukten bewahrt und der Trend zum abnehmenden Produktivitätswachstum umgekehrt werden, sodass eine Grundlage für nachhaltige Beschäftigung und steigende Realeinkommen entsteht. In der Vergangenheit hat sich der Bildungsgrad in Deutschland sowohl im Sekundarbereich II als auch im Tertiärbereich nur langsam verbessert und liegt heute unter dem EU-Durchschnittswert, insbesondere bei jüngeren Kohorten.⁸ Zusammen mit dem derzeitigen demografischen Wandel, der zu einer Verkleinerung der Kohorte führt, kann dies mittel- und langfristig einen Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften und solchen mit mittlerem

⁸ Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, in denen ISCED 4 dem tertiären Bereich und somit auch den Zielvorgaben für diesen Bereich zugeordnet wird. Dadurch steigt der Anteil tertiärer Bildungsabschlüsse in Deutschland von 29,4 % (ISCED 5 und 6) auf 40,8 %, was das Ziel von 42 % nicht sehr ambitioniert erscheinen lässt.

Qualifikationsniveau nach sich ziehen, vor allem in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik.

Damit das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft gestützt wird, muss die Haushaltskonsolidierung mit einer Umverteilung öffentlicher Mittel zur Finanzierung von wachstumsfördernden Maßnahmen einhergehen. Die derzeit geplante Konsolidierung ist weitgehend wachstumsfreundlich, würde aber von weiteren qualitativen Verbesserungen profitieren, insbesondere von umfassenden Reformen zur Bekämpfung struktureller Schwächen im Gesundheits- und Pflegesystem, auch im Hinblick auf eine effizientere Ausrichtung der Sozialausgaben. Die neue im Grundgesetz verankerte Schuldenregel leistet einen wichtigen Beitrag zur Glaubwürdigkeit des Konsolidierungskurses. Nach der Umsetzung auf Bundesebene muss die Schuldenregel jedoch noch auf Länderebene umgesetzt und durchgesetzt werden; hierbei würde die Stärkung des Kontroll- und Sanktionsmechanismus die finanzpolitische Glaubwürdigkeit weiter erhöhen.

Für ein weiterhin günstiges Investitionsklima müssen die Stabilität des Bankensektors und dessen Umstrukturierung gefördert werden. Teile des deutschen Bankensystems waren stark in ausländischen hypothekarisch gesicherten Wertpapieren engagiert, sodass die Bankbilanzen sich nach der Krise verschlechtert hatten. Doch selbst vor der Krise verfügten einige Landesbanken, deren Träger meist die jeweiligen Bundesländer sind, weder über wirksame Risikomanagementstrukturen noch über ein lebensfähiges Geschäftsmodell. Die Landesbanken spielten bei Investitionen in strukturierte Finanzinstrumente und ausländische Immobilienmärkte eine außerordentlich aktive Rolle. Weitere Reformen im Bankensektor, einschließlich einer Umstrukturierung der Landesbanken, die ein lebensfähiges Geschäftsmodell und eine angemessene Eigenkapitalausstattung benötigen, und einer Stärkung des regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Rahmens, würden nicht nur eine effizientere Allokation der inländischen Spareinlagen erleichtern, um auf diese Weise die Inlandsnachfrage und bestimmte Investitionen zu stützen, sondern auch dazu beitragen, die Stabilität des Finanzsektors zu erhalten.

Kasten 1: Deutsches Aktionsprogramm 2011 für den Euro-Plus-Pakt (EPP)

Die Bundesregierung hat am 23. März 2011 das Aktionsprogramm für den EPP beschlossen und dieses in ihr NRP für 2011 aufgenommen. Im Einklang mit den im EPP festgelegten Zielen enthält das Aktionsprogramm 2011 Maßnahmen zur Förderung der i) Wettbewerbsfähigkeit, ii) Beschäftigung, iii) Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und iv) Finanzstabilität.

Die in dem Programm aufgeführten Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren sich auf die Netzindustrien, den Energie- und Dienstleistungssektor (z. B. die Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Strom- und Gassektor, ein Programm zur Förderung der Elektromobilität, zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur) sowie auf den Bildungsbereich (d. h. Exzellenzinitiative zur Förderung von Graduiertenschulen, Hochschulpakt). Die Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung betreffen die Erwerbsbeteiligung (Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, verbesserte Integration von Arbeitskräften mit ausländischen Qualifikationen, Integration von Migranten) und Bildung (d. h. Grundbildungspakt). Zur Förderung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sieht das Programm vor, dass die Vorgaben im Rahmen des Defizitverfahrens bereits 2011 erreicht werden sollen und der Abbaupfad der Schuldenbremse für den Bundeshaushalt 2011/2012 deutlich unterschritten wird. Die Maßnahmen zur Stärkung der Finanzstabilität zielen auf eine effizientere Regulierung und Beaufsichtigung des Kapitalmarkts (d. h. verbesserter Anlegerschutz, Restrukturierungsfondsverordnung) ab.

Die Maßnahmen des deutschen Aktionsprogramms 2011 betreffen im Allgemeinen die im Bericht des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ im Juni 2010 im Rahmen der Strategie Europa 2020 ermittelten makroökonomischen Problemfelder. Das Programm spiegelt weitgehend die im NRP dargelegte

Reformagenda wider, doch die Maßnahmen gehen nicht grundlegend über das NRP hinaus. Einige wichtige politische Herausforderungen bleiben unberücksichtigt (z. B. die Umstrukturierung der Landesbanken oder die nach wie vor hohe Steuern- und Abgabenbelastung) oder werden nur marginal thematisiert (Öffnung des Dienstleistungssektors). Angesichts der Bedeutung der künftigen Herausforderungen müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Stabilität des Finanzsystems sicherzustellen und die inländischen Wachstumsquellen zu stärken.

4.2 BEWERTUNG DER POLITISCHEN VORHABEN

4.2.1. Makroökonomische Politik

4.2.1.1. Öffentliche Finanzen

Das makroökonomische Szenario, das dem aktualisierten SP und dem NRP zugrunde liegt, sieht für das Jahr 2011 einen Anstieg des realen BIP um 2,3 % vor, bevor es 2012 auf 1,8 % sinken und 2013-15 bei durchschnittlich 1,5 % liegen wird⁹ (siehe Anhang Tabelle II). Im Rahmen dieses Szenarios stellt die Inlandsnachfrage den wichtigsten Wachstumsmotor dar und beflügelt außerdem die Importe, sodass sich der Beitrag des Nettohandels trotz der weiterhin kräftigen Exporte rasch verringert. Die im Programm enthaltene Projektion für das reale BIP-Wachstum im Jahr 2011 liegt etwa ¼ Prozentpunkt unter dem entsprechenden Wert der Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen¹⁰, was in erster Linie auf die schwächer bewertete Inlandsnachfrage zurückzuführen ist. Die Wachstumsaussichten für 2012 und die Projektionen für 2013-15 entsprechen im Wesentlichen den in der Frühjahrsprognose der Kommissionsdienststellen enthaltenen Daten. Nach den derzeit vorliegenden Informationen, einschließlich der Frühjahrsprognose der Kommissionsdienststellen, ist das makroökonomische Szenario für 2011 vorsichtig und für den folgenden Zeitraum plausibel. Die im Programm enthaltene Inflationsprognose ist angesichts des aktuellen Anstiegs der Energiepreise insbesondere für 2011 recht niedrig¹¹. Da im Programm für 2012 niedrigere Deflatoren für die Inlandsnachfrage verwendet werden, fallen auch die Projektionen für das Wachstum des nominalen BIP um 0,5 % niedriger aus. Gestützt auf die zur Zeit positive Arbeitsmarktentwicklung sieht die Prognose der Kommissionsdienststellen für 2011 und 2012 ein etwas höheres Beschäftigungs- und Lohnwachstum vor. Die anhand der Produktionslücke bestimmte konjunkturelle Position (Neuberechnung der Kommissionsdienststellen¹²) verbessert sich kontinuierlich, sodass die negative Produktionslücke für das Jahr 2010 (-2 % des Produktionspotenzials) sich zu einem leicht positiven Wert für 2015 (0,25 %) gewandelt hat. Die Entwicklung der Produktionslücke im Zeitraum 2011-12 entspricht weitgehend den Schätzungen der Kommissionsdienststellen.

Trotz der nach wie vor umfangreichen Konjunkturmaßnahmen und der Stützungsmaßnahmen für die Banken konnte der Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits 2010 dank der bemerkenswert schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft gedrosselt werden. Dem Programm zufolge wuchs das Defizit marginal von 3 % des BIP im Jahr 2009 auf 3,3 % des BIP 2010 an. Das Defizit war nach wie vor auf die umfangreichen expansiven Maßnahmen zurückzuführen, die im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm beschlossen

⁹ In einer aktualisierten Wachstumsprognose der Bundesregierung vom 14. April 2011 wurde dieser Wert für 2011 auf 2,6 % und für 2012 auf 2,0 % korrigiert. Diese Werte konnten jedoch aufgrund der Frist für die Vorlage des Programms nicht im Programm berücksichtigt werden.

¹⁰ Im Folgenden „Frühjahrsprognose der Kommissionsdienststellen“.

¹¹ Gemessen am Deflator des privaten Verbrauchs (2011: Projektionen von 1,7 % ggü. 2,2 %).

¹² Nach der gemeinsamen Methodik anhand von Programmdateien.

worden waren, um dem Wirtschaftsabschwung (rund 1 % des BIP¹³) entgegenzuwirken. Im vorangegangenen Programm war von einem deutlich höheren Defizit, nämlich von 5,5 % des BIP, ausgegangen worden. Nach der Überprüfung des Nennereffekts ist festzustellen, dass dieses die Erwartungen deutlich übertreffende Ergebnis auf erhebliche unerwartete Einnahmen zurückzuführen ist, die infolge der günstigen makroökonomischen Entwicklungen (rund 1,5 % des BIP), der unerwartet niedrigen Ausgaben aufgrund weiterer Verbesserungen am Arbeitsmarkt, der durch die dauerhaft niedrigen Zinssätze geringeren Zinszahlungen und der niedrigeren Investitionsausgaben¹⁴ (rund 0,5 % des BIP) verzeichnet wurden. Trotz der unerwarteten Kosten für Einmalmaßnahmen im Zusammenhang mit der Gründung der Abwicklungsstelle für die HRE (rund 0,5 % des BIP) entwickelten sich die Ausgaben überraschend positiv, was auch teilweise dem einmaligen ausgabenmindernden Effekt des Verkaufs der UMTS-Lizenzen (rund 0,25 % des BIP) geschuldet war. Insgesamt betrug der defiziterhöhende Effekt (netto) der Einmalmaßnahmen 0,25 % des BIP.¹⁵

Nach den Schätzungen der Kommissionsdienststellen und der deutschen Behörden wird das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2011 deutlich unter 3 % liegen, was in erster Linie den weiterhin günstigen Konjunkturbedingungen und in geringerem Maße den Konsolidierungsmaßnahmen zu verdanken ist. Es steht daher zu erwarten, dass Deutschland sein übermäßiges Defizit zwei Jahre vor der vom Rat gesetzten Frist korrigieren wird. Während die Kommissionsdienststellen für 2011 von einem Defizit von 2 % des BIP ausgehen und die Bundesregierung das Defizit auf 2,5 % des BIP veranschlagt, war im vorangegangenen Programm noch ein deutlich über dem Referenzwert liegendes Defizit von 4,7 % des BIP erwartet worden. Nach der Überprüfung des Nennereffekts ist festzustellen, dass diese die Projektionen übertreffenden Aussichten vor allem auf die höhere Elastizität des Steueraufkommens und die bessere Ausgangslage Ende 2010 zurückzuführen sind. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Ausgaben geringer ausfallen werden. Die im Vergleich mit den Programmen optimistischere Defizitschätzung der Kommissionsdienststellen für 2011 lässt sich zum Teil mit den verbesserten Aussichten für den Arbeitsmarkt und den günstigeren Annahmen für das Lohnwachstum, das für höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge sorgen könnte, erklären. Des Weiteren enthält die Prognose der Kommission – auf der Annahme einer unveränderten Politik basierend – noch keine einnahmenmindernden Effekte rückwirkender Steuerrückzahlungen, die das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Besteuerung ausländischer Kapitalerträge nach sich ziehen wird.

Mittelfristig verfolgt Deutschland das Ziel eines strukturell nahezu ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts, d. h. es wird ein strukturelles Defizit von 0,5 % des BIP angestrebt.¹⁶ Im letzten Programm war noch nicht von einer Erreichung des mittelfristigen Ziels innerhalb des Programmzeitraums ausgegangen worden; der Programmaktualisierung für 2011 zufolge steht dies jedoch im Jahr 2014 zu erwarten.¹⁷ Die mittelfristigen Ziele unterscheiden sich sowohl nominal als auch strukturell deutlich von dem im vorigen Programm erläuterten Anpassungspfad, da sie auf einem erheblich optimistischeren makroökonomischen Szenario basieren.

13 Schätzungen der Kommissionsdienststellen der Netto-Konjunkturanreize, d. h. sämtliche expansive Maßnahmen ohne restriktive Maßnahmen ggü. dem Vorjahr.

14 Der Großteil der zusätzlichen Einnahmen wurde zur Finanzierung bereits geplanter Projekte verwendet.

15 Darüber hinaus zählen zu den Einmalmaßnahmen im Jahr 2010 auch Maßnahmen, die angesichts der aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers resultierenden Einnahmeneinbußen ergriffen wurden.

16 Konjunkturbereinigt und ohne einmalige und befristete Maßnahmen.

17 Dem Programm zufolge ist das mittelfristige Ziel für Deutschland (0,5 % des BIP) unabhängig von den beiden möglichen Berechnungsmethoden zu erreichen, d. h. es hängt nicht von der Annahme hinsichtlich des Anteils der Vorfinanzierung für die budgetären Kosten der Bevölkerungsalterung bis 2040 ab.

Nach dem Programm soll sich der gesamtstaatliche Haushaltssaldo ab 2011 durch die günstigen makroökonomischen Entwicklungen, das Auslaufen bestimmter konjunkturfördernder Maßnahmen bis 2012 und die Sparmaßnahmen des Bundes stetig verbessern. Nominal gesehen wird die Konsolidierung schwerpunktmäßig 2011 und 2012 erfolgen, mit den entsprechenden Anpassungen von rund 0,75 % bzw. 1 %. Danach folgen kleinere jährliche Korrekturen von rund 0,5 % in den Jahren 2013 und 2014 und eine geringfügige Verbesserung 2015 (siehe Anhang Tabelle III). Die angestrebte Konsolidierung ist überwiegend ausgabengestützt, wobei das nominale Wachstum der Primärausgaben unter dem nominalen BIP-Wachstum liegen soll. Darüber hinaus werden zusätzliche Einnahmen erwartet, die aus einer begrenzten Anzahl zielgerichteter neuer Abgaben und Steuern resultieren sollen. Für Ausgabeneinsparungen, die noch nicht durch bestimmte Maßnahmen gestützt werden (rund 0,25 % des BIP 2014 bzw. 2015), wird die Anpassung im Rahmen des Programms gleichmäßig auf alle Ausgabenposten, ausgenommen Zinszahlungen, verteilt. Um die Ziele im Zeitraum 2013-2015 zu erreichen (siehe Kasten 1), sind nach wie vor weitere Maßnahmen erforderlich. Für den Zeitraum 2012-2015 sind in dem Programm keine Einmalmaßnahmen vorgesehen.

Es wird erwartet, dass die prognostizierte Konsolidierung hauptsächlich auf Bundesebene erreicht wird (rund 1,75 % des BIP im Zeitraum 2011-2015), und nur in geringerem Maße auch auf Länderebene (knapp 0,75 % des BIP) und in den Kommunen (rund 0,5 %). Von den Kommunen wird daher erwartet, dass sie 2012 eine nahezu ausgeglichene Haushaltsposition erreichen, während die Länder 2014 ihrem Beispiel folgen sollen. Was die kommunalen Ergebnisse angeht, wird in dem Programm erläutert, dass „gegenüber der bisherigen Schätzung ein Mix aus zusätzlichen investiven Ausgaben, verminderten Zuweisungen der Länder und einer Saldenverbesserung unterstellt“ wurde. Die Haushalte der Sozialversicherungssysteme dürften voraussichtlich nahezu ausgeglichen sein. Im Programm wird bereits von einer Beitragssatzsenkung bei der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,9 % auf 19,1 % bis 2014 ausgegangen, die auf den erwarteten Anstieg der Nachhaltigkeitsrücklage zurückzuführen ist. Auf der Ausgabenseite hängen die Ergebnisse stark von der Annahme ab, dass die Ausgabeneinsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit ausreichen, um die Senkung des Beitrags des Bundes zur Agentur auszugleichen.

Kasten 1: Wichtigste Maßnahmen

Die Bundesregierung wird im Zeitraum von 2011 bis 2014 ein Konsolidierungspaket im Umfang von rund 80 Mrd. EUR umsetzen. Dies bedeutet, dass auf Bundesebene 2011 eine Konsolidierungskorrektur von rund 0,5 % des BIP und 2012-2014 von durchschnittlich rund 0,25 % jährlich vorgenommen wird.¹⁸ Was die Ausgabenseite angeht, werden sich die Sparmaßnahmen auf bestimmte Sozialleistungen und Familienbeihilfen (u. a. geringere Unterstützung für Arbeitslose, Streichung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose) sowie auf Kosteneinsparungen im öffentlichen Sektor (einschließlich Lohnzurückhaltung, Stellenabbau, Verringerung administrativer Kosten) konzentrieren. Die zusätzlichen Ausgaben für Bildung und Investitionen in FuE (rund 0,5 % des BIP im Zeitraum 2010-2013) sind von den Kürzungen ausgenommen; die Höhe der Mittel wird auch in den späteren Jahren des Programms auf dem Stand von 2013 bleiben. Auf Jahresbasis wurde jedoch kein spezifischer Ausgabenpfad vorgelegt. Auch im Privatsektor sind Sparmaßnahmen zur Konsolidierung geplant (Abschaffung des Ökosteuerzuschusses, eine Luftverkehrsgebühr und Abgaben für den Kernenergiesektor und die Banken). Darüber hinaus werden die Krankenkassenbeiträge ab 2011 von 14,9 % auf 15,5 % erhöht und es wurden einige Maßnahmen zur Eindämmung des Ausgabenanstiegs für 2011 und 2012 ergriffen. Des Weiteren wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab 2011 von 2,8 % auf 3 % erhöht. Im Zusammenhang mit einigen dieser Maßnahmen herrscht jedoch noch

¹⁸ Die einzelnen Elemente des Konsolidierungspakets waren bereits in dem Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen zur Verringerung des übermäßigen Defizits enthalten, der der Kommission im August 2010 vorgelegt wurde.

Unsicherheit, so bleibt z. B. die Steuer auf den Verbrauch von Kernbrennstoffen (0,1 % des BIP ab 2011), die mit einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke gekoppelt ist, ein umstrittenes Thema. Auch die Reform der Bundeswehr, die dem Programm zufolge während des Zeitraums 2011-2015 für Einsparungen in Höhe von insgesamt 0,25 % des BIP sorgen sollte, wird weiter intensiv diskutiert. Ferner hängen die Kürzungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung von noch festzulegenden Sparmaßnahmen ab.

Wichtigste Haushaltsmaßnahmen (% des BIP)

Einnahmen	Ausgaben
2011	
<ul style="list-style-type: none"> • Steuer auf den Verbrauch von Kernbrennstoffen (0,1 %) • Höherer Krankenkassenbeitrag⁽¹⁾ 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Rentenversicherungsbeitrags für Langzeitarbeitslose (-0,1 %) • Maßnahmen zur Eindämmung der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen⁽¹⁾
2012	
<ul style="list-style-type: none"> • n.v. 	<ul style="list-style-type: none"> • n.v.
2013	
<ul style="list-style-type: none"> • n.v. 	<ul style="list-style-type: none"> • Effizienzsteigerungen bei der Bundesagentur für Arbeit (-0,1 %)
2014	
<ul style="list-style-type: none"> • n.v. 	<ul style="list-style-type: none"> • n.v.
2015	
<ul style="list-style-type: none"> • n.v. 	<ul style="list-style-type: none"> • n.v.

Anmerkung: Bei den in der Tabelle enthaltenen budgetären Auswirkungen handelt es sich um die im Programm (SP oder NRP) von den deutschen Behörden angegebenen Auswirkungen. Ein positives Vorzeichen weist darauf hin, dass die Einnahmen / Ausgaben aufgrund der Maßnahme steigen. ⁽¹⁾ Im SP/NRP sind keine budgetären Auswirkungen angegeben.

Nach der ersten strukturellen Verbesserung im Jahr 2011 um 0,2 % konzentriert sich die strukturelle Konsolidierung¹⁹ hauptsächlich auf das Jahr 2012 (0,6 % des BIP) und wird dann im Zeitraum 2013-2015 in relativ gleichmäßigem Tempo (durchschnittlich 0,25 %) fortgesetzt. Im Anschluss an die erwartete Korrektur des übermäßigen Defizits werden die Anpassungsschritte in Richtung des im Programm genannten mittelfristigen Ziels in den Jahren 2013 und 2014 unter den angestrebten 0,5 % des BIP liegen. Gegenüber der projizierten mittelfristigen Potenzialwachstumsrate und unter Berücksichtigung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen scheinen die Ausgabenprojektionen einen angemessenen Anpassungspfad zur Erreichung des mittelfristigen Ziels sicherzustellen. Der Primärsaldo wird sich vor dem Hintergrund der stabilen Zinszahlungen wie das Gesamtdefizit verbessern und 2015 einen Überschuss von 2,5 % des BIP aufweisen.

Für 2011 scheinen sich die Risiken für die Haushaltsprojektionen des Programms in etwa die Waage zu halten, doch danach könnten die Haushaltsergebnisse schwächer als projiziert ausfallen. Insbesondere ist es möglich, dass einige der Einsparungen nicht wie geplant realisiert werden können, da bestimmte Maßnahmen weiterhin diskutiert werden, z. B. die Steuer auf den Verbrauch von Kernbrennstoffen und die Reform der Bundeswehr. Möglicherweise müssen daher eventuelle Einnahmehausfälle und nicht realisierte Ausgabeneinsparungen ausgeglichen werden. Darüber hinaus sind verschiedene Maßnahmen weiter zu spezifizieren, z. B. die Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor und weitere Ausgabeneinsparungen (rund 0,25 % des BIP im Zeitraum 2013-2015). Es kann außerdem

¹⁹ Nach Neuberechnung der Kommissionsdienststellen unter Anwendung der gemeinsam vereinbarten Methodik.

nicht ausgeschlossen werden, dass weitere stützende Maßnahmen für die Finanzmärkte erforderlich sind. Insgesamt ist die projizierte Defizitrückführung nach wie vor bestimmten Risiken ausgesetzt, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung des Anpassungspfads in den späteren Jahren.

Die Schuldenquote ist 2010 zwar um fast 10 % gestiegen, wird sich 2011 jedoch rückläufig entwickeln. Der Anstieg im Jahr 2010 war hauptsächlich zwei Banken zuzuschreiben, deren wertgeminderte Vermögenswerte in entsprechende Bad Banks ausgelagert werden mussten, die dem Sektor Staat zugeordnet sind.²⁰ Das Programm sieht für die nächsten Jahre eine schrittweise Abwicklung der Portfolios der Bad Banks vor. Dies soll zusammen mit der fortgesetzten Konsolidierung und positiven Wachstums- und Inflationseffekten eine Rückführung des Schuldenstands auf 75,5 % des BIP bis 2015 ermöglichen. Die Unterschiede zwischen der Schuldenstandsprojektion der Kommissionsdienststellen und im Programm enthaltenen Projektionen sind in erster Linie auf die voneinander abweichenden schuldenreduzierenden Bestandsanpassungen im Zusammenhang mit einer schrittweisen Abwicklung der Portfolios der Bad Banks ab 2011 zurückzuführen, da zum Umfang der Portfolios keine genauen Informationen vorlagen, als die Kommissionsdienststellen ihre Prognose erstellten. In den Projektionen der Kommissionsdienststellen wird der Schuldenabbau gleichzeitig durch günstigere Entwicklungen bei Primärsaldo und nominalem BIP gestützt.

Die Schuldenquote wird somit sinken, bleibt aber während des gesamten Programmzeitraums über dem im Vertrag vorgesehenen Referenzwert. Der Schuldenstand könnte jedoch sowohl infolge der mit dem Defizit verbundenen Risiken als auch durch die möglicherweise erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen zur Stützung der Finanzmärkte und langsamerer Fortschritte bei der Abwicklung der Portfolios der Bad Banks weiter steigen.

In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen besteht für Deutschland ein mittleres Risiko. Die langfristigen Kosten der Bevölkerungsalterung liegen über dem EU-Durchschnitt und die budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Tragfähigkeitslücke werden durch die derzeitige Haushaltsposition noch verstärkt. Ausgehend von der aktuellen Haushaltslage würde die Verschuldung bis 2020 auf 99,7 % des BIP klettern. Eine vollständige Umsetzung des Programms dürfte aber ausreichen, um die Verschuldung bis 2020 auf einen Abwärtspfad zu führen. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen könnte verbessert werden, indem mittelfristig ausreichende Primärüberschüsse sichergestellt werden.

Der finanzpolitische Gesamtrahmen Deutschlands wurde durch die Einführung der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel, die Schaffung des Stabilitätsrats und das Frühwarnsystem zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen spürbar gestärkt.²¹ Des Weiteren wird der Bundeshaushalt ab 2011 nach dem Top-Down-Verfahren aufgestellt, damit die Anforderungen der Schuldenregel besser berücksichtigt werden können. Nach der neuen

²⁰ Im Einklang mit dem Eurostat-Leitfaden vom 16. März 2011 über Entschuldungseinrichtungen hatten die betreffenden Verbindlichkeiten der Bad Banks direkte Auswirkungen auf den Schuldenstand.

²¹ Die frühere Fassung von Artikel 115 Grundgesetz wies einige Mängel auf (der Artikel war z. B. als Regel für Brutto- anstatt für Nettokreditaufnahmen konzipiert, die Definition der Ausnahmebestimmung war vage und bei Verstößen war kein Sanktionsmechanismus vorgesehen), die erheblichen Spielraum zuließen. Für ausführlichere Erläuterungen siehe Baumann, E. und Kastrop, C. (2008), „A New Budget Rule for Germany“, in Fiscal Policy: Current Issues and Challenges, Banca d'Italia, Research Department, Public Finance Workshop 2008; Eppendorfer, C. und Leib, K. (2008), „Germany: revisiting the budget rule“, Europäische Kommission, ECFIN Country Focus, Vol. 5, Issue 12 und Europäische Kommission (2009), „Germany: Macro Fiscal Assessment. An Analysis of the December 2008 Update of the Stability Programme“.

Regelung darf die strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes ab 2016 maximal 0,35 % des BIP betragen. Die Einhaltung der Vorgabe des strukturell ausgeglichenen Haushalts ist für die Länder ab dem Jahr 2020 vorgesehen. Während die Bundesregierung 2011 einen Konsolidierungskurs eingeschlagen hat, um die Vorgaben rechtzeitig einzuhalten, ist die Regel auf Länderebene noch nicht vollständig umgesetzt. Dem neu geschaffenen Stabilitätsrat gehören der Bundesfinanzminister, die Finanzminister der Länder und der Bundeswirtschaftsminister an. Der Stabilitätsrat überwacht die Haushalte von Bund und Ländern und bewertet anhand von Kennziffern und Schwellenwerten die jährlichen Berichte des Bundes und der einzelnen Länder über die Haushaltslage und die Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung. Die Schwellenwerte für die Länder basieren jedoch auf Länderdurchschnitten (d. h. die einschlägigen Anforderungen könnten weniger streng ausfallen, da die einzelnen Durchschnitte von den Ergebnissen der anderen Länder abhängig sind) sodass mit Hilfe des Frühwarnsystems lediglich extreme Abweichungen festgestellt werden können. Bei einem Verstoß gegen die Schuldenregel wird außerdem kein Ex-Post-Sanktionsmechanismus aktiviert, es ergeht lediglich die Aufforderung, eine neue Finanzplanung vorzulegen und zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen zu nennen.

4.2.1.2. Finanzsektor

Die Finanzkrise hat Schwächen im deutschen Finanzsystem, insbesondere hinsichtlich der Regulierung und Stabilität bestimmter Segmente, offen gelegt. Eine Beseitigung dieser Schwachpunkte würde die Risiken für die öffentlichen Finanzen mindern und mittelfristig das Kreditangebot und das Wirtschaftswachstum stützen. Insbesondere eine Umstrukturierung einiger Landesbanken, deren strukturelle Probleme in der Krise deutlich zu Tage traten, und schnelle Fortschritte bei den noch ausstehenden Regulierungsfragen wären für die Nachhaltigkeit der Finanzstabilität von entscheidender Bedeutung und könnten den weiteren Zugang zu Finanzmitteln und den haushaltspolitischen Spielraum der Regierung sicherstellen. Die aus der Umstrukturierung der Landesbanken erwachsenden und möglicherweise positiven Auswirkungen auf die Effizienz der Finanzintermediäre und die Kapitalallokation dürften die Produktivitätsentwicklung und das Wirtschaftswachstum fördern. Die noch nicht gelösten Probleme im Finanzsektor und die infolgedessen eventuell notwendigen weiteren Interventionen des Staates stellen weiterhin ein großes Risiko für die Konsolidierungsanstrengungen dar. Deutschland war eines der wenigen Länder, die bereits vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers verschiedene Banken stabilisieren mussten. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland nicht durch eine inländische Immobilien- oder Vermögenswerteblast belastet war, ist der Umfang der staatlichen Interventionen beträchtlich. Seit Juni 2008 wurden über 20 Beihilfeentscheidungen im Zusammenhang mit dem deutschen Bankensektor getroffen. Mit Ausnahme der Landesbank Berlin und der Helaba erhielten alle Landesbanken entweder direkt oder über ihre Muttergesellschaft staatliche Beihilfen. Die Gesamtzahlen für Deutschland umfassen 212 Mrd. EUR (8,5 % des BIP) für Garantien für Bankverbindlichkeiten, 40 Mrd. EUR (1,6 % des BIP) für direkte Kapitalspritzen und 10 Mrd. EUR (0,4% des BIP) für die Entlastung von wertgeminderten Vermögenswerten.

Die tiefsten Spuren hat die Finanzkrise dort hinterlassen, wo die Schwächen am größten waren, nämlich bei den Landesbanken. Ursprünglich förderten die Landesbanken, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befanden, die lokale Entwicklung, dienten als Hausbank der Bundesländer und als Zentralinstitute der Sparkassen, verlagerten Liquidität zwischen den Sparkassen, boten Wholesale-Finanzierung, beteiligten sich an größeren Darlehensprojekten und bündelten verschiedene nicht zum Kerngeschäft gehörende Bereiche wie beispielsweise die berufliche Fortbildung. Die ersten beiden Funktionen haben jedoch an Bedeutung verloren, da viele Landesbanken zunehmend mit großen Handelsbanken konkurrieren. Bis 2005 war das Geschäftsmodell der Landesbanken stark von staatlichen Garantien abhängig,

sodass die Landesbanken sich zu geringeren Kosten als ihre private Konkurrenten refinanzieren konnten. Nach Abschaffung der Gewährträgerhaftung im Jahr 2005 waren die Landesbanken aufgrund des begrenzten Zugangs zu den Einlagen privater Haushalte (die Landesbanken sollten nicht mit den Sparkassen konkurrieren) und der daraus resultierenden Abhängigkeit von der Interbankenfinanzierung in Zeiten knapper Liquidität in einer besonders prekären Lage. Darüber hinaus haben einige Landesbanken mit ihren kurz vor der Abschaffung der Gewährträgerhaftung akkumulierten beträchtlichen Liquiditätsreserven umfassend in strukturierte festverzinsliche Produkte investiert, um höhere Renditen zu erzielen. Angesichts ihrer im Vergleich zu globalen Investmentbanken geringen Größe, des mangelnden Risikomanagements und der aufgrund der Eigentümerstrukturen (öffentliche Hand) begrenzten Marktdisziplin verzeichneten die Landesbanken beispiellose Verluste und mussten um staatliche Beihilfen bitten. Ein Drittel der von Januar 2007 bis Oktober 2009 von deutschen Banken vorgenommenen Abschreibungen von strukturierten Kreditprodukten entfiel auf die Landesbanken, obwohl diese lediglich ein Fünftel des Gesamtvermögens des Sektors repräsentieren. Bereits vor der Krise wiesen die Darlehensportfolios der Banken in öffentlicher Hand eine geringere Qualität als die der privaten Banken auf.²²

Die Krise hat außerdem gezeigt, dass sowohl in Deutschland als auch international eine straffere Regulierung der Finanzmärkte und eine bessere Bankenaufsicht erforderlich sind. Darüber hinaus haben sich die Aufsichtsbehörden aufgrund mangelnder Ressourcen zu sehr auf die quantitative regelbasierte Überwachung konzentriert. Eine stärkere Ausrichtung nach einem prinzipienorientierten Ansatz, der die Bewertung makroprudenzieller Risiken umfasst, ist somit im Einklang mit den Entwicklungen auf internationaler Ebene gerechtfertigt.

Im Programm wird das Kernproblem der Landesbanken – das Fehlen eines lebensfähigen Geschäftsmodells – zwar anerkannt, doch es fehlt eine umfassende Reformstrategie für den Sektor. Seit dem Ende der Krise waren die meisten Landesbanken noch nicht in der Lage, die Kapitalspritzen des Staates zurückzuzahlen, auch wenn der Löwenanteil der toxischen Vermögenswerte abgeschrieben wurde. Ferner fehlt nach wie vor ein nachhaltiges Geschäftsmodell für die in Schieflage geratenen Landesbanken. Um den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten sicherzustellen und die Governance zu stärken, müssen Schritte zur Umstrukturierung der in Schwierigkeiten befindlichen Landesbanken unternommen werden. Dies würde zu einer effizienteren Allokation der inländischen Spareinlagen beitragen, um auf diese Weise die Inlandsnachfrage und Investitionstätigkeit zu stützen. Im Programm wird erläutert, dass bereits erste Konsolidierungsschritte unternommen worden sind (dies fällt in den Kompetenzbereich der Länder), doch diese sind noch nicht abgeschlossen und eine zukunftsweisende Strategie für den Sektor gibt es nicht. Zu den in Deutschland erörterten möglichen Umstrukturierungsmaßnahmen zählen die Verkleinerung der Landesbanken (d. h. Konzentration auf das Kerngeschäft) und die Verringerung ihrer Anzahl (die Kernfunktionen für die Sparkassen könnten von einer geringeren Anzahl von Instituten wahrgenommen werden). Außerdem wird vor dem Hintergrund der Aspekte Governance und Effizienz geprüft, ob eine Beteiligung der öffentlichen Hand an den Banken notwendig ist.

Die Bundesregierung hat im Einklang mit den einschlägigen internationalen Vereinbarungen und den EU-Vorschriften über Ratingagenturen verschiedene Schritte unternommen, um noch nicht gelöste aufsichtsrechtliche Fragen anzugehen. Wie im NRP erläutert, wurde die Regulierung der Finanzmärkte durch das Verbot spekulativer Leerverkaufspraktiken, geänderte Umstrukturierungsverfahren (Restrukturierungsfondsverordnung), die Anpassung

²² Siehe Ianotta, G., Nocera G. und Sironi A.: „Ownership Structure, Risk and Performance in the European Banking Industry“, *Journal of Banking and Finance*, Volume 31, 2007, S. 2127-2149.

der Vergütungssysteme im Banken- und Versicherungssektor und verbesserte Regeln für Produktinformationen für Verbraucher weiter gestärkt. Zur Überprüfung des institutionellen Aufbaus könnten weitere Anstrengungen erforderlich sein; es gibt außerdem Anzeichen, dass hier im internationalen Vergleich noch Spielraum für eine stärkere Unabhängigkeit der Aufsicht besteht.²³

Insgesamt sind weitere Maßnahmen notwendig, auch wenn seit dem Höhepunkt der Finanzkrise wichtige Fortschritte erzielt worden sind. Obwohl kein signifikantes Risiko für eine Kreditklemme besteht, stellen die noch ungelösten Probleme ein nicht zu vernachlässigendes Risiko für die öffentlichen Finanzen in Deutschland dar und könnten eine effiziente Überführung von Einlagen in inländische Investitionen hemmen. Im NRP für Deutschland werden die Herausforderungen im Finanzsektor zwar anerkannt, doch es wird kein umfassender Fahrplan für künftige Maßnahmen vorgestellt; stattdessen werden die bereits 2010 umgesetzten ersten Schritte in den Vordergrund gerückt.

4.2.2. Arbeitsmarktpolitik

Neben den konjunkturellen Engpässen, die im Kontext des derzeitigen Aufschwungs auftreten könnten, implizieren auch die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels²⁴, dass ein quantitativ ausreichendes und entsprechend qualifiziertes Arbeitskräfteangebot in den nächsten Jahren eine Priorität für Deutschland darstellen wird. Wie im NRP erläutert, hängen die innovative Kraft und strukturelle Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zum großen Teil von gut ausgebildeten, qualifizierten Arbeitskräften ab. Insbesondere für Arbeitskräfte mit mittlerem und hohem Qualifikationsniveau werden jedoch Engpässe prognostiziert. Dies zeigt, wie wichtig weitere Maßnahmen sind, um das Arbeitskräftepotenzial voll ausschöpfen zu können. Erreicht werden könnte dies durch die Beseitigung von Hindernissen bei der Erwerbsbeteiligung, insbesondere für bestimmte Gruppen (ältere Arbeitnehmer, Frauen, gering qualifizierte Arbeitskräfte, Personen mit Migrationshintergrund und Langzeitarbeitslose) und die Weiterentwicklung von Humankapital. Die Herausforderung, das Beschäftigungswachstum und die Erwerbsquote vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen zu fördern, wird im NRP anerkannt. Die angestrebte nationale Beschäftigungsquote liegt bei 77 %; 2010 lag die Quote bei 74,9 %. Im NRP sind diesbezüglich verschiedene relevante politische Initiativen enthalten, allerdings vor allem aus rückwärts gewandter Perspektive. Zu den wichtigsten neueren Maßnahmen gehören die geplante Anhebung des Rentenalters auf 67 bis zum Jahr 2029, Anstrengungen zum Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und bestimmte Programme zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt (z. B. durch Sprachkurse, berufliche Qualifizierung und neue Vorschriften über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse). Insgesamt werden im NRP einige der für den deutschen Arbeitsmarkt relevanten Fragen behandelt, andere werden jedoch nur unzureichend angeschnitten oder nicht berücksichtigt, insbesondere die Aspekte Steuer- und

²³ Siehe Quintyn, M., Ramirez S. und Taylor M. W.: „The fear of freedom: Politicians and the independence and accountability of the financial sector supervisors.“ IMF Working Papers, No. 07/25.

²⁴ Die Wachstumsrate der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist seit 2009 negativ und es wird prognostiziert, dass die Erwerbsbevölkerung von 2010-2020 von 45 Mio. auf 41 Mio. schrumpfen wird. Die negativen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung werden durch die voraussichtlich weniger günstig ausfallende Migration verschärft, was auf eine gegenüber anderen Mitgliedstaaten stärkere Verringerung der Erwerbsbevölkerung (15-64 Jahre) in Deutschland hindeutet. Nach den Prognosen von Eurostat wird diese Erwerbsbevölkerung im Zeitraum 2010-2025 in Deutschland um 3% schrumpfen (Frankreich: 2 %, EU: 5 %). Berücksichtigt man die Migration, fällt die Lücke für Deutschland (-4 %) noch größer aus als in Frankreich (0 %) oder in der EU (-2 %) (Zahlen für 2060: Deutschland -33 %, Frankreich: 0 %, EU: -13 %).

Abgabenbelastung, Kinderbetreuung, berufsqualifizierende Abschlüsse und Mängel im Bildungssystem.

4.2.2.1. Arbeit attraktiver machen

Das NRP weist hinsichtlich der Herausforderungen des Arbeitsmarkts eine große Lücke auf, da es keine konkreten Pläne enthält, um das Problem der Steuer- und Abgabenbelastung anzugehen.²⁵ Trotz der insgesamt hohen Beschäftigungszahlen bremst die Steuer- und Abgabenbelastung die volle Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials und führt dazu, dass Lohnsteigerungen sich zu einem großen Teil nicht in höheren verfügbaren Einkommen und somit in der Inlandsnachfrage niederschlagen. Die Steuer- und Abgabenbelastung ist vor allem für Geringverdiener²⁶ hoch und verhindert, dass die derzeit niedrige Erwerbsquote der gering qualifizierten Arbeitskräfte ansteigt. Ein spezifisches Problem für Deutschland ist der hohe Grenzsteuersatz der Zweitverdiener, der das Ergebnis der gemeinsamen steuerlichen Veranlagung von Ehepartnern ist.²⁷ Es überrascht daher nicht, dass der Anteil der Teilzeitarbeitskräfte relativ hoch ist, insbesondere bei Frauen, wobei auch die in Teilzeit geleistete Stundenanzahl in der Regel gering ist.

Eine Umorientierung von der gemeinsamen steuerlichen Veranlagung von Ehepartnern zu einem System der individuellen Besteuerung könnte die Anreize für Zweitverdiener verbessern und die Frauenerwerbsquote erhöhen. Darüber hinaus könnte eine angepasste Steuersatzstruktur bei der Einkommensteuer als Ausgleich für inflationsbedingte Steuererhöhungen in Betracht gezogen werden. Eine niedrigere Besteuerung der Arbeit muss durch Ausgabeneinschränkungen ausgeglichen werden, es sei denn, es können andere Einnahmequellen ausgeschöpft werden. So könnte in diesem Zusammenhang zur Erhöhung der MwSt-Einnahmen eine Überprüfung der Waren, auf die der ermäßigte MwSt-Satz Anwendung findet, hilfreich sein. Dem Stabilitätsprogramm zufolge ist eine solche Überprüfung bereits geplant.

Um die Beteiligung von Frauen²⁸ (und Männern) an der Vollzeitbeschäftigung zu steigern, ist auch der Ausbau der Einrichtungen zur ganztägigen Kinderbetreuung mit entsprechend qualifiziertem Personal entscheidend, insbesondere in Westdeutschland, wobei auch Bedarf an außerschulischen Betreuungseinrichtungen für ältere Kinder besteht. Die Bundesregierung hat die Bereitstellung angemessener Betreuungsangebote zwar als Herausforderung identifiziert, doch die Ziele in diesem Bereich müssen noch erreicht und der Anspruch auf einen Betreuungsplatz muss umgesetzt werden. Angesichts der traditionell kurzen Schultage in Deutschland sind die vergleichsweise begrenzten und unflexiblen Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen problematisch.

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass eine am Bedarf des deutschen Arbeitsmarkts ausgerichtete Anwerbung qualifizierter Zuwanderer dazu beitragen könnte, mögliche Qualifikationsdefizite zu reduzieren, enthält der NRP Pläne zur Erleichterung der Integration

²⁵ Die Steuer- und Abgabenbelastung umfasst die Einkommensteuer und die Sozialbeiträge von Arbeitnehmer und Arbeitgeber abzüglich Geldtransfers (in % des Entgelts). Sie belief sich für einen Alleinverdiener 2010 im Durchschnitt auf 49,1 %, den dritthöchsten Wert in der OECD (Durchschnitt: 34,9 %).

²⁶ Z. B. 44,9% im Jahr 2010 für einen Alleinverdiener, dessen Lohn bei 67 % des durchschnittlichen Lohns liegt (dritthöchster Wert in der OECD; Durchschnitt: 31,3%).

²⁷ Beispiel für ein Ehepaar: Wenn der Hauptverdiener 66 % des durchschnittlichen Lohns verdient und der Zweitverdiener eine Lohnerhöhung von 33 % auf 66 % des durchschnittlichen Lohns erhält (durch die Erhöhung der Arbeitszeit oder des Stundenlohns), so liegt der Grenzsteuersatz (Einkommensteuer und Sozialbeiträge) bei 48,6 % (vierthöchster Wert in der EU).

²⁸ 2009 betrug der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen in Deutschland 45,3 % (Durchschnitt EU-27: 31,5 %). Die Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten lag 2009 bei 50,7 %. In Deutschland werden in Teilzeit durchschnittlich 18,5 Stunden wöchentlich geleistet, das sind 1,5 Stunden weniger als im EU-Durchschnitt.

von Drittstaatsangehörigen in den Arbeitsmarkt. Neben dem angekündigten Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen könnten jedoch weitere Maßnahmen erforderlich sein.

4.2.2.2. Verbesserung von Bildung und Ausbildung

Wie im NRP erläutert, müssen zur Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu einem hochwertigen Bildungsangebot und Bildungs- und Ausbildungssystem zusätzliche Reformen umgesetzt werden, um sicherzustellen, dass ein angemessenes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften vorhanden sind. Der langfristige Ausbau der Bildung im Tertiärbereich vollzog sich in Deutschland langsamer als in anderen Mitgliedstaaten. In älteren Kohorten (über 40 Jahre) ist der Anteil der Personen mit tertiärer Bildung an der Bevölkerung nach wie vor höher als im EU-Durchschnitt. Für jüngere Kohorten fällt dieser Wert jedoch relativ niedrig aus. In Kombination mit dem demografischen Wandel könnte dies die Engpässe bei hochqualifizierten Arbeitskräften mittel- und langfristig verstärken, vor allem in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik (MST)²⁹, wobei der größte Absolventenbedarf in den Ingenieurwissenschaften besteht. Die im NRP aufgeführten Initiativen für die Bildung im Tertiärbereich (Exzellenzinitiative, Hochschulpakt, zusätzliche Stipendien und Darlehen für Studenten) sind begrüßenswert, doch das Ausmaß der Herausforderung macht größere Anstrengungen notwendig. Auch wenn Deutschland traditionell stark auf sein sehr fortschrittliches Berufsausbildungssystem baut (und ISCED 4 daher seinem Europa-2020-Ziel für den tertiären Bereich zuordnet³⁰), kann das System nicht uneingeschränkt dem Tertiärbereich (ISCED 5 und 6) zugerechnet werden.

Die Schulabbrecherquote in Deutschland liegt zwar unter dem EU-Durchschnitt³¹, geht aber nur langsam weiter zurück. Das Risiko eines Schul- oder Ausbildungsabbruchs ist bei sozial benachteiligten Gruppen, u. a. bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund, wesentlich höher als bei einheimischen Jugendlichen. Darüber hinaus bleibt der Bildungsgrad dieser Gruppen im Allgemeinen niedrig, wobei hier auch den traditionell kurzen Schultagen Rechnung zu tragen ist. Es gibt außerdem weiterhin große Unterschiede hinsichtlich des Qualifikationsniveaus der Schüler (dies ergaben z. B. die PISA-Studien der OECD), auch wenn diese rückläufig sind, und es besteht weiterhin ein starker Zusammenhang zwischen Leistungen und soziodemografischem Hintergrund.

Im NRP werden einige Initiativen der Länder im Primar- und Sekundarbereich genannt. Es könnten jedoch weitere Maßnahmen notwendig sein, um die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des geringen Bildungsgrads und des höheren Risikos eines Schulabbruchs bei bestimmten gesellschaftlichen Gruppen systematisch anzugehen. Reformen zur Verbesserung der unteren Ebenen des Bildungssystems, u. a. zur Verbesserung des Zugangs zu hochwertiger Vorschulbildung und -betreuung, wirken sich auch auf die Ergebnisse im Sekundar-³² und Tertiärbereich und in der Berufsausbildung positiv aus. Der Anteil der Schulabbrecher und Schüler mit schwachen Leistungen könnte weiter verringert werden, z. B. durch den Ausbau der frühen Sprachförderung, bessere individuelle Betreuung für gefährdete

²⁹ Bereits 2008 prognostizierte die Regierung für 2013 eine Absolventenlücke von 330 000 Absolventen, die Hälfte davon im Bereich MST. Die Industrie wies vor kurzem darauf hin, dass 2011 ein Rekorddefizit an Ingenieuren entstanden sei.

³⁰ ISCED 4 umfasst Ausbildungen im Postsekundarbereich mit einer Dauer von weniger als zwei Jahren (2009: 11,4%); Anteil der Personen zwischen 30 und 34 Jahren, die 2009 über einen Hochschulabschluss (ISCED 5 und 6) verfügten: 29,4%; Gesamtanteil ISCED 4-6 im Jahr 2009 in Deutschland: 40,8%.

³¹ 2009: 11,1 % ggü. 14,4 % (EU).

³² Der Anteil der Abschlüsse im Sekundarbereich II (20-24 Jahre) ist in Deutschland relativ gering (DE: 73,7%; EU: 78,6%) und der Anteil der Hochschulabschlüsse (30-34 Jahre) liegt unter dem EU-Durchschnitt (DE: 29,4%; EU: 32,3%).

Schüler (Beratung, Unterricht, Sozialarbeiter), den Ausbau von Ganztagschulen und umfassende Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs von der Schule in den Beruf.

Vor dem Hintergrund des Status quo sind Deutschlands Bildungsziele (siehe vorstehende Tabelle 1) nicht sehr ambitioniert.

4.2.2.3. Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt

Angesichts der künftigen Entwicklung der Arbeitskräftesituation in Deutschland sind die dauerhaften Defizite bei den Arbeitsmarktergebnissen nicht tragbar. Die Arbeitslosenquote ist insbesondere unter *gering qualifizierten Arbeitskräften*³³ hoch; in dieser Gruppe bleibt auch die Beteiligung am lebenslangen Lernen niedrig.³⁴ Menschen mit Migrationshintergrund (rund ein Fünftel der Bevölkerung) sind aus verschiedenen Gründen – geringe Qualifikation, mangelnde Integration im Bildungssystem, Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen, mangelnde Sprachkenntnisse – doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Angesichts des entstehenden Facharbeitermangels muss die Beteiligung von gering qualifizierten Arbeitskräften am lebenslangen Lernen gesteigert werden, u. a. durch Fortbildungen, die zu berufsqualifizierenden Abschlüssen führen, und die Steigerung des Bildungsgrads, insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund. Dieses Thema ist eng mit der notwendigen Verbesserung des Systems der schulischen Grundbildung verknüpft, das die sozialen Unterschiede zwischen Jugendlichen, u. a. von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen, verstärkt. Die erläuterten Maßnahmen des NRP für den Bildungsbereich tragen teilweise dazu bei, diese Themen anzugehen.

Auch wenn die Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten Jahren infolge der Hartz-Reformen und der besseren Anreize zur Arbeitsaufnahme für Langzeitarbeitslose gesunken ist, steht Deutschland bei der Integration einer Kerngruppe von Langzeitarbeitslosen zunehmend vor Problemen. Das Risiko des Qualifikationsverlusts aufgrund von Arbeitslosigkeit bei dieser Gruppe könnte durch zusätzliche Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gemindert werden. Im NRP wird hervorgehoben, wie wichtig die weitere Senkung der Langzeitarbeitslosenzahlen in Deutschland ist, doch das Potenzial der vorgeschlagenen Maßnahmen, stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme für Langzeitarbeitslose zu setzen, scheint begrenzt zu sein. Vor dem Hintergrund der beträchtlichen Einsparungen infolge der Konsolidierungsanstrengungen und des Hartz-IV-Kompromisses 2011 könnte die Entwicklung kostenwirksamer und effizienter Maßnahmen und Arbeitsvermittlungsdienste sowie ein gezielterer Einsatz der Instrumente in Abhängigkeit vom Marktbedarf in Erwägung gezogen werden.

4.2.2.4. Bekämpfung von Armut und Förderung der sozialen Integration

In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil der vom Armutsrisiko und sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung auf 20 % gestiegen. Im NRP werden daher zu Recht auch armutsbezogene Herausforderungen identifiziert: Langzeitarbeitslosigkeit, intergenerationale Übertragung von Armut, Altersarmut und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Das nationale Armutsziel konzentriert sich auf die Langzeitarbeitslosigkeit (Verringerung um 333 000 Personen bzw. um schätzungsweise 660 000 Personen, die in einem Erwerbslosenhaushalt leben). Langzeitarbeitslose stellen jedoch nur eine sehr kleine Gruppe der 16,2 Mio. Menschen in Deutschland dar, die von Armuts- oder Ausgrenzungsrisiken bedroht sind. Und obwohl immer mehr Menschen trotz Erwerbstätigkeit von Armut betroffen sind, wird dieses

³³ 2009: 15,5% ggü. 12,8% (EU-27).

³⁴ 2009: 2,9 % ggü. 3,9 % (Durchschnitt EU-27).

Thema nicht als Herausforderung eingestuft.³⁵ Folgende Maßnahmen des NRP könnten zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Gruppen beitragen: (1) Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen, insbesondere von Frauen mit Kindern und Alleinerziehenden; (2) Integration benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt, vor allem von Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderungen. Schließlich wird im NRP ein (quantitativ beschränktes) Maßnahmenpaket erläutert, das die schulische und kulturelle Teilhabe von Kindern aus sozial schwachen Familien verbessern soll. Die Inanspruchnahme dieses Pakets sollte überwacht werden.³⁶

4.2.3. Wachstumsfördernde Strukturmaßnahmen

Angesichts der tendenziellen Verlangsamung des Produktivitätswachstums in Deutschland vor dem Hintergrund der vorstehend erläuterten demografischen Entwicklungen sind Strukturmaßnahmen zur Unterstützung von Produktivitätsentwicklungen ganz entscheidend, um das mittelfristige Wachstumspotenzial der Wirtschaft zu festigen. Insbesondere Reformen zur Verbesserung des Regulierungsrahmens für die Wirtschaft würden sich positiv auf den Wettbewerb und die Effizienz auswirken und möglicherweise höhere Investitionen und zusätzliches Produktivitätswachstum nach sich ziehen.

Der Beitrag des Dienstleistungssektors zum BIP-Wachstum erscheint im internationalen Vergleich niedrig, doch dies spiegelt die traditionelle Stärke des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland wider. Obwohl durch die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie Fortschritte erzielt wurden, könnte ein stärkerer Wettbewerb im Dienstleistungssektor durch den Abbau regulatorischer Hemmnisse, etwa von Hindernissen für den Markteintritt und das Verlassen des Marktes, dazu beitragen, die relativ geringe Produktivität des Sektors zu steigern und die Inlandsnachfrage zu erhöhen. Zu den wesentlichen Maßnahmen zur Wettbewerbsförderung im Dienstleistungssektor zählen die Verbesserung des Regelungsrahmens für freie Berufe, Handwerk und Netzindustrien, insbesondere den Schienenverkehr.

Gleichzeitig spielen auch die Maßnahmen zur Förderung der FuE-Leistungen Deutschlands eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Produktivitätswachstums. Die Umsetzung des Energiekonzepts der Bundesregierung könnte ebenfalls die Inlandsnachfrage stützen, indem Anreize für Investitionen in Netze, Energieeffizienz und kostenwirksame erneuerbare Energien entstehen und der Wettbewerb in den Energiemärkten gefördert wird.

4.2.3.1. Rahmenbedingungen für Unternehmen und Verbraucher

Auch wenn kürzlich durch die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie einige wichtige Schritte unternommen wurden, um übermäßige gesetzliche Einschränkungen in den Bereichen freie Berufe und Handwerk zu verringern, ist das Zulassungssystem für bestimmte freie Berufe (insbesondere für Ingenieure, Architekten, Apotheker, Steuerberater und Anwälte) und das Handwerk nach wie vor komplizierter als in vielen anderen Ländern. Darüber hinaus könnten die Vorschriften über Preise und Honorare, die berufliche Zusammenarbeit, Werbung und die obligatorische Mitgliedschaft in einem Berufsverband weiter gelockert werden, wobei gleichzeitig die Anforderungen hinsichtlich der beruflichen Qualifikation zu wahren sind. Im NRP sind jedoch keine diesbezüglichen Maßnahmen vorgesehen.

³⁵ Das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung für Erwerbstätige (9,0 %) liegt unter dem EU-Durchschnitt (12,3 %). Der Anteil der Personen, die weniger als 66 % des Medianeinkommens verdienen (19,6 %) ist jedoch höher als der EU-Durchschnitt (17,2 %).

³⁶ EU-Durchschnitt: 23,1% im Jahr 2009.

Der Wettbewerb in den Netzindustrien wird nach wie vor behindert, da die Unternehmen in diesen Märkten weiterhin stark vertikal integriert sind. Die Bundesnetzagentur wurde gegründet und hat bereits eine erste funktionale Entflechtung des Netzmanagements und eine Entflechtung von den übrigen Aktivitäten im Gas- und Elektrizitätssektor eingeführt. Eine ambitionierte Umsetzung des dritten EU-Energiepakets wäre ein bedeutender Schritt für die weitere Stärkung des Wettbewerbs im deutschen Energiemarkt, insbesondere indem sichergestellt wird, dass die Bereiche Erzeugung und Übertragung tatsächlich voneinander unabhängig sind, die Kapazitäten erhöht werden und der Zugang zu grenzübergreifenden Verbundnetzen verbessert wird.

Auch im Eisenbahnsektor wird der Wettbewerb nach wie vor beeinträchtigt. Die im NRP genannte geplante teilweise Erweiterung der Spielräume des Busfernlinienverkehrs könnte allerdings zu mehr Wettbewerb in der Personenbeförderung führen. Darüber hinaus ist die als Voraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Markt geltende wirksame Entflechtung der Bereiche Infrastrukturmanagement und Schienenverkehrsdienste noch nicht abgeschlossen und Gegenstand eines laufenden Vertragsverletzungsverfahrens. Zu den weiteren Maßnahmen, die den Wettbewerb im Eisenbahnsektor fördern würden, zählen die Stärkung der Aufsichtsfunktion der Bundesnetzagentur, die Abschaffung der Quersubventionierung von Netzbetreibern und Eisenbahnunternehmen und die vollständige Öffnung der Infrastruktur für den Verkauf und die Ausstellung von Fahrscheinen.

In den letzten Jahren hat Deutschland wesentliche Fortschritte bei der Vereinfachung des Regulierungsrahmens und beim Bürokratieabbau erzielt, insbesondere hinsichtlich der Berichtspflichten im Unternehmenssektor. Im NRP werden zwar einige Initiativen hervorgehoben (z. B. das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ oder der Gesetzentwurf zur Steuervereinfachung), doch es werden weitere Anstrengungen und Maßnahmen erforderlich sein, um die angestrebte Verringerung der durch Berichtspflichten verursachten Kosten bis Ende 2012 um 25 % zu erreichen und die Befolgungskosten weiter zu senken.

4.2.3.2. Forschung und Innovation

Die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der FuE-Leistung Deutschlands gibt Anlass zur Sorge. Das Wachstum der FuE-Intensität in Deutschland liegt zwar über dem EU-Durchschnitt und erreicht bereits das nationale und europäische FuE-Ziel von 3 % des BIP, doch den FuE-Zielen ähnlich forschungsorientierter Volkswirtschaften wie beispielsweise Japan und Südkorea hinkt Deutschland hinterher. In diesem Zusammenhang werden bei der Anwerbung einer ausreichenden Anzahl gut ausgebildeter Wissenschaftler für eine stärkere Wissenschaftsbasis zunehmend Engpässe entstehen. Darüber hinaus ist der Zugang zu Risikokapital zur Finanzierung von Innovationen weiterhin durch den wenig entwickelten Wagniskapitalmarkt beeinträchtigt, sodass Deutschlands komparativer Vorteil in den Bereichen Wissen und forschungsgestütztes Wirtschaftswachstum langfristig gefährdet ist. Deutschland plant, bis 2013 weitere 12 Mrd. EUR in Bildung und Forschung zu investieren, um die Innovationsdynamik zu beleben. Folgende Bedarfsfelder werden im Rahmen der Hightech-Strategie von der FuE-Unterstützung der Bundesregierung profitieren: Gesundheit/Ernährung, Klima/Energie (z. B. für die Entwicklung von Elektroautos, damit das Ziel von einer Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen bis 2020 erreicht wird), Mobilität und Kommunikation. Um die Wirkung der Strategie zu erhöhen, könnte das öffentliche Auftragswesen die Nachfrage nach innovativen Produkten in den ausgewählten Sektoren stimulieren und steuern.

4.2.3.3. Energie- und Klimapolitik

Deutschland scheint gut vorbereitet zu sein, um die nationalen Ziele für erneuerbare Energien zu erreichen. Die Herausforderungen betreffen jedoch in erster Linie die Kostenwirksamkeit der Versorgung mit erneuerbaren Energien und ihre Integration in die Netzinfrastruktur. Deutschland hat als nationales Energieeffizienzziel festgelegt, die gesamte Energieproduktivität im Zeitraum 2008-2020 um durchschnittlich 2,1 % jährlich zu steigern, was spürbar zur Erreichung des europäischen Energieeffizienzziels beitragen dürfte. Wie sich das Ziel auf den Primärenergieverbrauch auswirkt, könnte jedoch weiter präzisiert werden. Die Umsetzung des Energieeffizienzziels soll mit Hilfe verschiedener Instrumente gelingen, die im Rahmen des Energiekonzepts der Bundesregierung erarbeitet wurden. Insbesondere könnte die Energiebilanz weiter verbessert werden, indem die Sanierungsrate für Gebäude durch angemessene finanzielle Anreize und Vorgaben gesteigert wird, Energieeffizienz zum Schlüsselkriterium für öffentliche Ausgaben wird, Energieaudits und Energiemanagementsysteme in der Wirtschaft gefördert werden und die Rolle der Verbraucher durch verbesserte Informationen gestärkt wird.

Die Umsetzung des Energiekonzepts der Bundesregierung bildet eine solide Grundlage für die Erreichung der Energie- und Klimaziele Deutschlands und dürfte wirksam zur Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils erneuerbarer Energien sowie zur besseren Integration des deutschen Energiemarkts in die europäischen Energiemärkte beitragen. Die kommende Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes könnte allerdings auch die Gelegenheit bieten, die langfristige Kostenwirksamkeit und die Fähigkeit, auf den technologischen Fortschritt zu reagieren, zu steigern, die Höhe der Einspeisetarife für Photovoltaik- und Biomasse-Technologien zu prüfen und effizientere Instrumente für nahezu wettbewerbsfähige Technologien, die in einem wettbewerbsorientierten und gut integrierten Elektrizitätsbinnenmarkt bestehen können, zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist ein Ausbau der Netzinfrastruktur zur Integration von erneuerbaren Energien notwendig und die Genehmigungsverfahren müssen verbessert werden, damit die Netzkapazitäten erhöht werden können.

Das Energiekonzept wird derzeit vor dem Hintergrund eines früheren Ausstiegs aus der Kernenergie überarbeitet. Durch einen früheren Ausstieg würden die Erhöhung der Energieeffizienz, die Modernisierung der Elektrizitätsnetze, die Entwicklung von kostenwirksamen erneuerbaren Energien und die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen nationalen und integrierten europäischen Elektrizitätsmarkts noch wichtiger werden.

Das nationale Reformprogramm enthält weder eine Bewertung, ob die bestehenden und vorgeschlagenen Maßnahmen zur Emissionsverringerung ausreichen, um das 2020-Ziel zu erreichen, noch operative Ziele, die zur effizienten Überwachung der im Hinblick auf das 2020-Ziel erreichten Fortschritte beitragen würden. Die jüngste Entwicklung der Treibhausgasemissionen scheint jedoch dem auf europäischer Ebene für 2020 festgelegten nationalen Ziel (-14 % gegenüber dem Stand von 2005) nicht zuwider zu laufen. Da Emissionen während einer Wirtschaftskrise in der Regel sinken, sollte die Entwicklung im Verlauf der Erholung genau beobachtet werden. In diesem Kontext würden sich weitere Maßnahmen zur Emissionsreduktion, in deren Rahmen auch die mit geringeren Emissionen verknüpften Vorteile berücksichtigt werden (Energieeinsparungen, geringere Luftverschmutzung, höhere Energieversorgungssicherheit, grüne Arbeitsplätze usw.), zusätzlich positiv auswirken.

Kasten 2: Energiekonzept der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat am 28. September 2010 ein Energiekonzept angenommen, in dem in einem ersten Versuch skizziert wird, wie Deutschland mit Hilfe einer langfristigen Strategie bis 2050 den Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien schaffen wird. Das Konzept deckt Maßnahmen in folgenden Bereichen ab: (1) **kostenwirksamer Ausbau erneuerbarer Energien**, einschließlich einer Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), Ausbau der Windkraft und nachhaltige Nutzung von Biomasse; (2) **Energieeffizienz**; (3) **Kernenergie und fossile Energie**, einschließlich der weiteren Öffnung der Elektrizitäts- und Gasmärkte, Tests mit CCS und Abbau der Kohlebeihilfen bis 2018; (4) **Modernisierung der Elektrizitätsnetze**, insbesondere zur Integration erneuerbarer Energien durch die Vorbereitung eines Overlay-Netzes, Nordsee-Netz, grenzüberschreitende Netzintegration, intelligente Netze, intelligente Verbrauchserfassungsgeräte und Ausbau der Speicherkapazitäten; (5) **energieeffizientes Bauen und Sanieren**; (6) **Mobilität bei niedrigen CO₂-Emissionen**, einschließlich Strategie für elektrische Mobilität; (7) **Forschung und Innovation im Energiebereich**; (8) **Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene**, einschließlich des Ausbaus des europäischen Elektrizitätsnetzes, der weiteren Liberalisierung, Initiativen wie Desertec oder Seatec (Nordsee-Supernetz); und (9) **Transparenz und Akzeptanz** der Bürger.

Das Energiekonzept wird aus dem Energie- und Klimafonds finanziert, in den aus der Laufzeitverlängerung resultierende zusätzliche Gewinne der Kernkraftwerksbetreiber und weitere Erlöse aus der Versteigerung der CO₂-Emissionszertifikate fließen. Es wird davon ausgegangen, dass 2011 und 2012 jährlich bis zu 300 Mio. EUR in den Fonds fließen werden. Darüber hinaus wird das Energiekonzept durch ein 2011 umzusetzendes 10-Punkte-Sofortprogramm ergänzt, das folgende Punkte umfasst: Netzausbauplanung, 5-Milliarden-Kreditprogramm für Offshore-Windenergie und verbesserter Wettbewerb durch die Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas.

Als Reaktion auf die jüngsten Geschehnisse in Japan hat die Bundesregierung ein dreimonatiges Moratorium über die beschlossene Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke verhängt, um zusätzliche Sicherheitsprüfungen vorzunehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch unklar, inwieweit das Moratorium tatsächlich zu einer früheren dauerhaften Abschaltung von Kernkraftwerken führt und wie sich dies auf die Strompreise auswirken wird.

5. ZUSAMMENFASSUNG

Es steht zu erwarten, dass Deutschland sein übermäßiges Defizit bereits 2011 (zwei Jahre vor der vom Rat festgelegten Frist) korrigieren wird. Das im Stabilitätsprogramm aufgeführte Mittelfristziel (strukturelles gesamtstaatliches Defizit in Höhe von 0,5 % in Relation zum BIP) wird 2013 fast und 2014 vollständig erreicht. Die Risiken scheinen sich für 2011 weitgehend die Waage zu halten, doch danach könnten die Haushaltsergebnisse schwächer als erwartet ausfallen. Insbesondere ist möglich, dass einige Einsparungen nicht wie erwartungsgemäß realisiert werden können, da bestimmte Maßnahmen noch diskutiert werden, wie die Steuer auf den Verbrauch von Kernbrennstoffen, eine Besteuerung des Finanzsektors oder die Reform der Bundeswehr, und andere Maßnahmen noch präzisiert werden müssen (z. B. die Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor). Außerdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere stützende Maßnahmen für die Finanzmärkte erforderlich sind. Möglicherweise müssen daher eventuelle Einnahmehausfälle und nicht realisierte Ausgabeneinsparungen ausgeglichen werden. Darüber hinaus würden nach der jüngsten Reform des Gesundheitswesens, in deren Rahmen Maßnahmen zur Begrenzung des

Ausgabenanstiegs (vor allem für 2011 und 2012) eingeführt wurden, weitere Schritte zur Erhöhung der Ausgabeneffizienz im Gesundheitswesen und im Bereich Langzeitpflege den geplanten Konsolidierungspfad erleichtern. Gleichzeitig würde die Beibehaltung eines weitgehend wachstumsorientierten Konsolidierungskurses zur Stärkung des langfristigen Wachstumspotenzials beitragen. Der finanzpolitische Gesamtrahmen Deutschlands wurde durch die Einführung der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel, die Schaffung des Stabilitätsrats und das Frühwarnsystem zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen spürbar gestärkt. Die Schuldenregel ist jedoch auf Länderebene noch nicht vollständig umgesetzt. Darüber hinaus würde eine Stärkung des mit der Schuldenregel verknüpften Kontroll- und Sanktionsmechanismus die finanzpolitische Glaubwürdigkeit Deutschlands weiter erhöhen.

Die im NRP aufgeführten politischen Maßnahmen betreffen im Allgemeinen die im Vorfeld ermittelten Herausforderungen und stehen im Zusammenhang mit den vor dem Hintergrund der Kernziele der Strategie Europa 2020 vereinbarten nationalen Zielen. Die Maßnahmen werden sich voraussichtlich positiv auf die Stärkung der Produktivität und des Wachstumspotenzials auswirken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft steigern. Trotz der derzeit guten Leistung der deutschen Wirtschaft ist die im NRP ausgeführte Reformagenda angesichts der Bedeutung der mittelfristigen Herausforderungen wenig ambitioniert. Einige wichtige Aspekte bleiben unberücksichtigt oder werden nur ansatzweise thematisiert. Insbesondere sind weitere Schritte notwendig, um das Arbeitskräftepotenzial vollständig auszuschöpfen, da sich Fortschritte in diesem Bereich angesichts der negativen demografischen Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot sehr günstig auf die deutsche Wirtschaft auswirken könnten. So haben etwa die hohe Steuer- und Abgabenbelastung und die gemeinsame steuerliche Veranlagung von Ehepartnern Einfluss auf die Anreize zur Arbeitsaufnahme, während der Mangel an angemessenen Kinderbetreuungsangeboten insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen beeinträchtigt. Angesichts des komparativen Vorteils Deutschlands bei der Herstellung von Gütern, für die Arbeitskräfte mit mittlerem und hohem Qualifikationsgrad erforderlich sind, und des prognostizierten Facharbeitermangels, sind der Zugang zu Bildung und deren Qualität auf allen Ebenen von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus würden weitere Schritte zur Wettbewerbsförderung im Dienstleistungssektor, insbesondere in den freien Berufen und im Eisenbahnsektor, die Inlandsnachfrage stärken und damit für ein besseres Gleichgewicht zwischen den Wachstumsfaktoren in Deutschland sorgen. Hinsichtlich der Umsetzung des Energiekonzepts, das derzeit im Kontext eines möglichen früheren Ausstiegs aus der Kernenergie überarbeitet wird, könnte Kostenwirksamkeit zum Schlüsselprinzip für die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien werden. Im Bankensektor scheinen im Zusammenhang mit den in Schieflage geratenen Landesbanken und der Stärkung des Regulierungs- und Aufsichtsrahmens des gesamten Sektors weitere Anstrengungen angezeigt zu sein. Fortschritte in diesem Bereich würden nicht nur zur Wahrung der Finanzstabilität, sondern auch zu einer effizienteren Allokation der inländischen Spareinlagen beitragen, um auf diese Weise die Inlandsnachfrage und Investitionstätigkeit zu stützen.

STATISTISCHER ANHANG

Tabelle I. Makroökonomische Indikatoren

	1995-1999	2000-2004	2005-2008	2009	2010	2011	2012
Schlüsselindikatoren							
Wachstumsrate BIP	1,7	1,1	1,9	-4,7	3,6	2,6	1,9
Produktionslücke ¹	0,1	-0,1	0,2	-4,3	-2,0	-1,1	-0,8
HVPI (jährl. Veränderung in %)	1,0	1,5	2,2	0,2	1,2	2,6	2,0
Inlandsnachfrage (jährl. Veränderung in %) ²	1,6	0,0	1,2	-1,9	2,5	2,3	2,0
Arbeitslosenquote (% der Arbeitskräfte) ³	8,7	8,5	9,4	7,8	7,1	6,4	6,0
Bruttoanlageinvestitionen (% des BIP)	21,3	19,0	18,3	17,6	17,9	18,5	18,9
Bruttoersparnis (% des BIP)	20,7	20,1	24,4	21,5	22,6	22,9	23,2
Sektor Gesamtstaat (% des BIP)							
Finanzierungssaldo	-2,6	-2,6	-1,1	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2
Bruttoverschuldung	59,0	61,7	66,7	73,5	83,2	82,4	81,1
Nettogeldvermögen	-33,2	-40,2	-45,8	-48,5	n.a	n.a	n.a
Einnahmen insgesamt	45,8	44,7	43,7	44,5	43,3	43,3	43,2
Ausgaben insgesamt	48,4	47,3	44,9	47,5	46,6	45,3	44,3
davon: Zinsen	3,4	3,0	2,8	2,6	2,4	2,4	2,4
Unternehmen (% des BIP)							
Finanzierungssaldo	-0,3	-0,8	1,8	1,7	2,4	1,1	0,5
Nettogeldvermögen; nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	-53,1	-61,6	-64,1	-59,3	n.v.	n.v.	n.v.
Nettogeldvermögen; finanzielle Kapitalgesellschaften	0,4	1,5	7,3	6,7	n.v.	n.v.	n.v.
Bruttoanlageinvestitionen	11,3	10,5	10,3	8,6	9,5	10,1	10,6
Bruttobetriebsüberschuss	20,7	21,9	24,5	22,4	23,8	23,6	23,8
Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (% des BIP)							
Finanzierungssaldo	3,3	5,0	5,9	6,3	6,0	5,6	5,3
Nettogeldvermögen	86,7	100,2	120,1	131,0	n.v.	n.v.	n.v.
Bruttolöhne und -gehälter	42,8	42,2	40,0	41,4	40,9	40,9	40,8
Nettokapitaleinkommen	11,9	13,2	15,2	15,0	14,5	14,8	15,2
Empfangene laufende Transfers	23,0	23,8	22,5	23,5	22,8	22,1	21,5
Bruttoersparnis	11,1	11,0	11,6	12,2	12,1	11,9	11,7
Rest der Welt (% des BIP)							
Finanzierungssaldo	-0,9	1,5	6,6	5,0	5,1	4,7	4,6
Nettogeldvermögen	-0,2	1,7	-15,0	-26,4	n.a	n.a	n.a
Nettoexporte Waren und Dienstleistungen	1,0	3,2	6,1	4,9	5,2	4,8	4,7
Nettoprimäreinkommen aus dem Rest der Welt	-0,8	-0,6	1,7	1,4	1,3	1,3	1,3
Nettovermögenstransaktionen	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sektor handelbarer Güter	40,0	39,6	39,8	36,1	37,5	n.v.	n.v.
Sektor nicht handelbarer Güter	50,4	50,5	50,1	53,2	52,2	n.v.	n.v.
davon: Bausektor	5,4	4,2	3,6	3,8	3,7	n.v.	n.v.
Realer effektiver Wechselkurs (Index, 2000=100)	114,8	100,7	97,3	99,2	95,2	95,8	96,3
Terms of trade Waren und Dienstleistungen (Index, 2000=100)	104,7	101,5	100,1	103,1	100,8	99,0	99,0
Marktleistung Exporte (Index, 2000=100)	99,7	104,9	114,0	115,8	120,5	122,8	123,6
Anmerkungen:							
¹ Die Produktionslücke ist die Lücke zwischen dem tatsächlichen und dem potenziellen Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 2000.							
² Der Indikator für die Inlandsnachfrage umfasst Bestände.							
³ Als arbeitslos gelten alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, aktiv Arbeit suchen oder unmittelbar in den nächsten zwei Wochen eine neue Arbeit beginnen werden. Die aktive Bevölkerung umfasst alle Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote erfasst die Altersgruppe von 15 bis 74.							
Quelle:							
Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen.							

Tabelle II. Vergleich der makroökonomischen Entwicklungen und Prognosen

	2010		2011		2012		2013	2014	2015
	KOM	SP	KOM	SP	KOM	SP	SP	SP	SP
Reales BIP (Veränderung in %)	3,6	3,6	2,6	2,3	1,9	1,8	1½	1½	1½
Privater Verbrauch (Veränderung in %)	0,4	0,4	1,2	1,6	1,5	1,5	1	1	1
Bruttoanlageinvestitionen (Veränderung in %)	6,0	6,0	6,0	4,3	4,8	3,7	2	2	2
Export Güter u. Dienstleistungen (Veränderung in %)	14,1	14,1	7,6	6,5	6,5	6,5	4	4	4
Export Güter u. Dienstleistungen (Veränderung in %)	12,6	12,6	7,5	6,4	7,2	6,9	4	4	4
<i>Beiträge zum realen BIP-Wachstum:</i>									
- Endnachfrage	1,8	1,8	2,1	1,9	1,9	1,8	1½	1½	1½
- Vorratsveränderungen	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	-0,1	0	0	0
- Nettoexporte	1,2	1,3	0,5	0,4	0,0	0,1	0	0	0
Produktionslücke ¹	-2,0	-2,0	-1,1	-1,3	-0,8	-0,8	-0,5	-0,2	0,2
Beschäftigung (Veränderung in %)	0,5	0,5	0,9	0,8	0,5	0,4	0	0	0
Arbeitslosigkeit (%)	7,1	6,8	6,4	6,0	6,0	5,5	5	5	5
Arbeitsproduktivität (Veränderung in %)	3,1	3,1	1,6	1,5	1,4	1,4	1½	1½	1½
HVIP-Inflation (%)	1,2	n.a.	2,6	n.a.	2,0	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
BIP-Deflator (Veränderung in %)	0,6	0,6	1,0	1,0	1,5	1,0	1¼	1¼	1¼
Arbeitnehmerentgelte (pro Kopf, Veränderung in %)	2,2	2,2	2,7	2,3	2,9	2,1	2½	2½	2½
Nettokreditaufnahme/-vergabe gegenüber Rest der Welt (% des BIP)	5,1	5,1	4,7	4,7	4,6	4,8	6,0	6,0	6,0

Anmerkung:
¹In % des BIP-Potenzials; BIP-Wachstumspotenzial gemäß dem Programm; nach Neuberechnung der Kommissionsdienststellen.

Quelle:

Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen (KOM); Stabilitätsprogramm (SP).

Tabelle III. Zusammensetzung der Haushaltsanpassung

(% des BIP)	2010	2011		2012		2013	2014	2015	Veränderung: 2010-2015
	KOM	KOM	SP	KOM	SP	SP	SP	SP	
Einnahmen	43,3	43,3	43	43,2	43	43	42½	42½	-0,6
<i>davon:</i>									
- Produktions- und Importabgaben	12,4	12,6	12½	12,6	12½	12½	12	12	-0,3
- Einkommen- und Vermögensteuern usw.	10,3	10,4	10½	10,4	11	11	11	11	0,9
- Sozialbeiträge	16,8	16,8	16½	16,6	16½	16½	16	16	-0,7
- Sonstiges (Rest)	3,7	3,6	3,5	3,5	3,5	3,4	3,3	3,2	-0,5
Ausgaben	46,6	45,3	45½	44,3	44½	44	43½	43	-3,6
<i>davon:</i>									
- Primärausgaben	44,2	43,0	43,0	41,9	42,2	41,4	40,6	40,2	-4,0
<i>davon:</i>									
Arbeitnehmerentgelte und Vorleistungen	11,9	11,7	11½	11,5	11½	11½	11	11	-1,0
Sozialaufwendungen	26,2	25,5	25½	25,0	25	25	24½	24½	-1,8
Zuschüsse	1,3	1,3	1½	1,2	1	1	1	1	-0,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	1,5	1½	1,4	1½	1	1	1	-0,3
Sonstiges (Rest)	3,2	2,9	3	2,8	3	3	2½	2½	-0,6
- Zinsausgaben	2,4	2,4	2½	2,4	2½	2½	2½	2½	0,3
Gesamtstaatlicher Saldo	-3,3	-2,0	-2½	-1,2	-1½	-1	-½	-½	3,0
Primärsaldo	-0,9	0,4	-0	1,2	1	1½	2	2½	3,3
Einmalige u. sonstige befristete Maßnahmen	-0,3	0,0	-0	0,0	0	0	0	0	0,3
Gesamtstaatlicher Saldo ohne einmalige Maßnahmen	-3,0	-2,0	-2,3	-1,2	-1,5	-1,1	-0,6	-0,3	2,7
Produktionslücke ²	-2,0	-1,1	-1,3	-0,8	-0,8	-0,5	-0,2	0,2	2,2
Konjunkturbereinigter Saldo ²	-2,2	-1,4	-1,9	-0,8	-1,1	-0,8	-0,5	-0,3	1,9
Struktureller Saldo³	-1,9	-1,4	-1,7	-0,8	-1,1	-0,8	-0,5	-0,3	1,6
<i>Veränderung struktureller Saldo</i>		0,5	0,2	0,7	0,6	0,2	0,3	0,2	
Struktureller Primärsaldo ³	0,5	0,9	0,7	1,6	1,4	1,8	2,2	2,4	1,9
<i>Veränderung struktureller Primärsaldo</i>		0,5	0,3	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	

Anmerkungen:
¹Bei unveränderter Politik.

²Produktionslücke (in % des BIP-Potenzials) und konjunkturbereinigter Saldo gemäß Programm, Neuberechnung der Kommissionsdienststellen anhand der Programmdateien.

³Struktureller (Primär-) Saldo = konjunkturbereinigter (Primär-) Saldo ohne einmalige und sonstige befristete Maßnahmen.

Quelle:

Stabilitätsprogramm (SP); Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.

Tabelle IV. Schuldendynamik

(% des BIP)	Durchschnitt 2005-09	2010	2011		2012		2013	2014	2015
			KOM	SP	KOM	SP	SP	SP	SP
Bruttoschuldenquote¹	68,0	83,2	82,4	82	81,1	81	79½	77½	75½
Veränderung der Schuldenquote	1,5	9,8	-0,9	-1,4	-1,3	-1,0	-1,5	-1,9	-2,1
<i>Beiträge²:</i>									
1. Primärsaldo	-1,2	0,9	-0,4	0,1	-1,2	-1,0	-1,5	-2,1	-2,5
2. Schneeballeffekt	1,7	-0,6	-0,5	-0,2	-0,4	0,2	0,3	0,5	0,5
<i>davon:</i>									
Zinsausgaben	2,7	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,6	2,7	2,7
Wachstumseffekt	-0,4	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5	-1,5	-1,2	-1,2	-1,2
Inflationseffekt	-0,7	-0,4	-0,8	-0,8	-1,2	-0,8	-1,0	-1,0	-1,0
3. Bestandsanpassungen	1,1	9,5	0,0	-1,3	0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,2
<i>davon:</i>									
Differenz Kassen-/Periodenabgrenzungsbasis	-0,2	-0,2							
Finanzanlagen	1,3	9,6							
<i>Privatisierung</i>	n.v.	n.v.							
Werteffekt und Rest	0,0	0,0							

Anmerkungen:

¹Ende des Zeitraums.

²Der Schneeballeffekt spiegelt die Wirkung der Zinsausgaben auf die akkumulierten Schulden sowie die Wirkung des realen BIP-Wachstums und der Inflation auf die Schuldenquote wider (mittels des gemeinsamen Nenners). Die Bestandsanpassung trägt den Unterschieden zwischen der Rechnungslegung nach dem Kassenprinzip und nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung sowie der Akkumulierung von Finanzvermögenswerten und ihrer Bewertung und sonstigen Resteffekten Rechnung.

Quelle:

Stabilitätsprogramm (SP); Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.

Tabelle V. Indikatoren für langfristige Nachhaltigkeit

Germany	Baseline scenario (2010)			Programme scenario		
	S1	S2		S1	S2	
Value	4,5	5,0		2,2	2,8	
of which:						
Initial budgetary position (IBP)	1,4	1,4		-0,7	-0,8	
Debt requirement in 2060 (DR)	0,4	-		0,2	-	
Long-term change in the primary balance (LTC)	2,7	3,6		2,7	3,6	
	2010	2015	2020	2010	2015	2020
Debt as % of GDP	83,2	87,7	99,7	83,2	75,3	71,2

Anmerkung: Im Basisszenario (2010) ist die Tragfähigkeitslücke unter der Annahme angegeben, dass die Haushaltsposition 2010 mittelfristig unverändert bleibt (bis zum Ende des von Programm abgedeckten Zeitraums). Im Programmszenario ist die Tragfähigkeitslücke unter der Annahme angegeben, dass die im Programm enthaltenen Haushaltsplanungen vollständig umgesetzt werden.

Abbildung: Mittelfristige Schuldenstandsprojektion

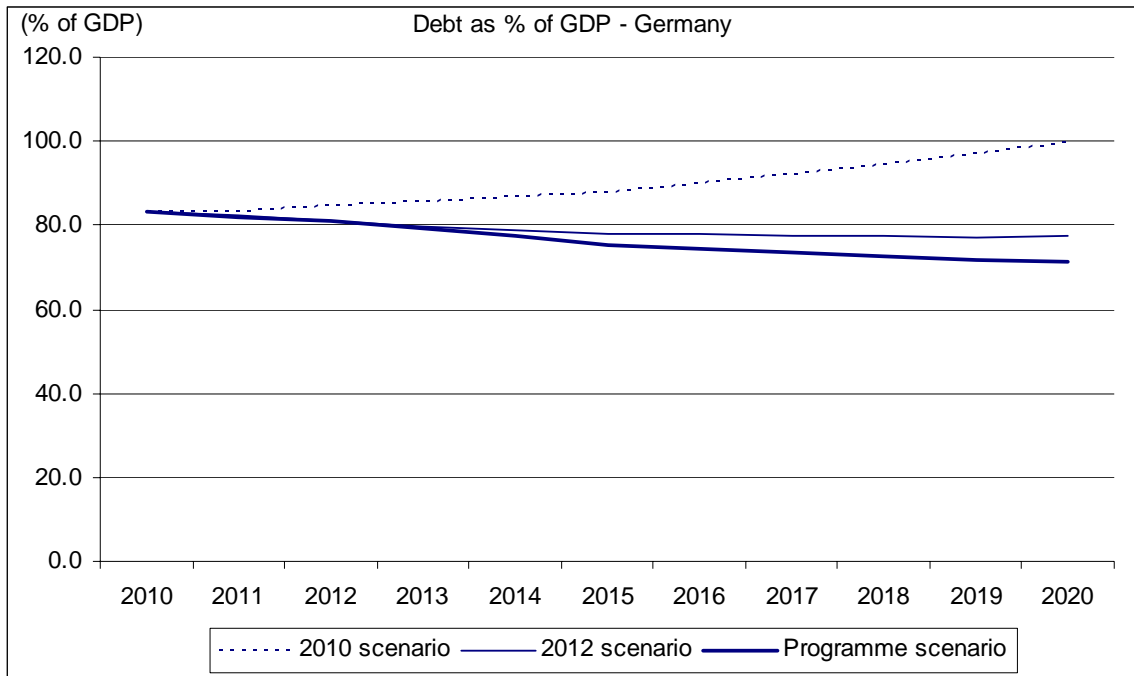


Tabelle VI. Finanzmarktindikatoren

	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtvermögen Bankensektor (% des BIP)	303,4	304,1	313,0	319,4	302,8
Anteil der fünf größten Banken (% des Gesamtvermögens)	22,0	22,0	22,7	25,0	...
Ausländischer Besitz im Bankensystem (% des Gesamtvermögens)	11,1	11,1	11,5	10,8	...
Indikatoren zur Finanzstabilität (FSI):					
- notleidende Kredite (% der Kredite insgesamt)	3,4	2,6	2,8	3,3	...
- Eigenkapitalquote (%) ¹⁾	12,5	12,9	13,6	14,8	16,1
- Rentabilität Eigenkapitalrendite (%) ²⁾	9,4	6,6	-7,7
Wachstum Privatkredite (jährl. Veränderung in %)	2,3	1,3	5,1	2,1	-0,6
Preise für Wohneigentum (jährl. Veränderung in %)	0,1	1,0	0,6	0,6	2,3
Engagement in Ländern, die finanzielle Unterstützung erhalten/zurückzahlen (% des BIP) ³⁾	8,4	9,9	10,0	8,9	6,6
Private Verschuldung (% des BIP)	104,6	104,1	107,0	110,2	105,8
Bruttoauslandsverschuldung (% des BIP)					
- öffentliche Hand	31,0	30,8	36,2	36,8	42,1
- privat	34,1	34,6	40,0	39,6	42,0
Langfristiger Zinsspread gegenüber Bundesanleihen (Basispunkte)*	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
CDS-Spreads für ausländische Wertpapiere (5 Jahre)*	21,7	37,5	39,8

Anmerkungen:

¹⁾ Die Eigenkapitalquote ist der Quotient aus Gesamtkapital und risikogewichteten Vermögenswerten.

²⁾ Quotient aus Nettogewinn und Eigenkapital.

³⁾ Betroffene Länder: IE, EL, PT, RO, LV und HU.

* in Basispunkten.

Quelle:

Bank für internationalen Zahlungsausgleich und Eurostat (Engagement in makrofinanziell mit Risiken behafteten Ländern), IWF (FSI), Kommissionsdienststellen (langfristige Zinssätze), Weltbank (Bruttoauslandsverschuldung), Eurostat (Preise für Wohneigentum) und EZB (übrige Indikatoren).

Tabelle VII. Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren

Arbeitsmarktindikatoren	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Beschäftigungsrate (% d. Bevölkerung von 20-64)	69,9	71,6	73,4	74,6	74,8	74,9
Beschäftigungswachstum (Veränderung zum Vorjahr in %)	-0,1	0,6	1,7	1,4	0,0	0,5
Beschäftigungsrate Frauen (% d. weibl. Bevölkerung von 20 - 64)	64,2	65,8	67,5	69,0	69,8	69,6
Beschäftigungsrate Männer (% d. männl. Bevölkerung von 20 - 64)	75,6	77,2	79,2	80,2	79,7	80,1
Beschäftigungsrate ältere Arbeitnehmer (% d. Bevölkerung von 55 - 64)	45,4	48,4	51,5	53,8	56,2	57,7
Teilzeitbeschäftigung (% d. Beschäftigung insges.)	24,0	25,8	26,0	25,9	26,1	26,2
Befristete Beschäftigung (% d. Arbeitnehmer in befristeten Beschäftigungsverhältnissen)	14,1	14,5	14,6	14,7	14,5	14,7
Arbeitslosenquote ¹ (% d. Erwerbsbevölkerung)	11,2	10,3	8,7	7,5	7,8	7,1
Langzeitarbeitslosigkeit ² (% d. Erwerbsbevölkerung)	5,7	5,5	4,7	3,8	3,4	3,2
Jugendarbeitslosigkeit (% d. jungen Erwerbsbevölkerung von 15-24)	15,5	13,8	11,9	10,6	11,2	9,9
NEET-Quote ³ (% d. Erwerbsbevölkerung von 15- 24)	10,7	9,5	8,8	8,3	8,7	:
Schul- und Ausbildungsabbrecher (% d. Bevölkerung von 18-24, die höchstens einen Abschluss der Sekundarstufe I haben u. sich nicht in einem allg. o. berufl. Bildungsgang befinden	13,5	13,6	12,5	11,8	11,1	:
Personen mit Hochschulabschluss (% der Bevölkerung von 30-34 mit Hochschul- abschluss)	26,0	25,9	26,5	27,7	29,4	:
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten (jährl. Veränderung in %)	0,9	2,7	1,0	-0,4	-4,7	3,1
Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten (jährl. Veränderung in %)	-0,5	-0,3	0,0	-0,2	-2,5	2,0
Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde (jährl. Veränderung in %; konstante Preise)	1,4	3,1	1,0	-0,2	-2,2	1,0
Arbeitnehmerentgelte (jährl. Veränd. in %; konstante Preise)	-0,8	0,7	-0,9	0,9	-1,2	1,6
Nominaler Lohnstückkostenanstieg (jährl. Veränderung in %)	-1,0	-1,6	-0,1	2,4	5,2	-0,9
Reales Wachstum d. Lohnstückkosten (jährl. Veränderung in %)	-1,6	-2,0	-1,9	1,3	3,7	-1,4

Anmerkungen:

¹ Gemäß Definition der ILO: Altersgruppe zwischen 15 und 74.

² Anteil der Personen in der Erwerbsbevölkerung, die mindestens zwölf Monate lang arbeitslos waren.

³ NEET: Not in Education, Employment or Training; junge Erwachsene zwischen 15 und 34, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Fortbildung befinden.

Quellen:

Kommissionsdienststellen (EU-Arbeitskräfteerhebung und europäische Gesamtrechnungen).

Tabelle VII. Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren (Fortsetzung)

Ausgaben für Sozialleistungen (% des BIP)	2004	2005	2006	2007	2008
Krankheit/Gesundheitsversorgung	8,08	8,11	7,98	7,93	8,12
Invalidität	2,23	2,21	2,12	2,04	2,08
Alter und Hinterbliebene	12,38	12,32	11,96	11,53	11,47
Familie/Kinder	3,25	3,09	2,87	2,80	2,82
Arbeitslosigkeit	2,25	2,09	1,84	1,55	1,44
Wohnen und soziale Ausgrenzung a.n.g.	0,54	0,78	0,82	0,78	0,74
Insgesamt	28,7	28,6	27,6	26,6	26,7
davon: bedürftigkeitsabhängige Leistungen	3,18	3,48	3,46	3,28	3,18
Indikatoren für sozialen Zusammenhalt	2005	2006	2007	2008	2009
Risiko der Armut oder Ausgrenzung ¹ (% der Bevölkerung insgesamt)	18,4	20,2	20,6	20,1	20,0
Risiko der Armut oder Ausgrenzung für Kinder (% der Bevölkerung von 0-17)	17,9	20,9	19,7	20,1	20,4
Risiko der Armut oder Ausgrenzung für Ältere (% der Bevölkerung über 65)	14,5	13,5	16,8	15,5	16,0
Armutsgefährdungsquote ² (% der Bevölkerung insgesamt)	12,2	12,5	15,2	15,2	15,5
Relative Armutsgrenze (Einpersonenhaushalt/Jahr) - in KKS)	9396	9096	10392	10800	10776
Gravierende materielle Deprivation ³ (% der Bevölkerung insgesamt)	4,6	5,1	4,8	5,5	5,4
Menschen, die in einem Haushalt mit niedriger Erwerbsbeteiligung leben ⁴ (% der Bevölkerung von 0-59; ohne Studenten)	11,9	13,5	11,4	11,6	10,8
Armutsgefährdungsquote Erwerbstätige (% der Erwerbstätigen)	4,8	5,5	7,4	7,1	6,8
Anmerkungen:					
¹ Von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdete Personen: Personen, die armutsgefährdet und/oder unter gravierender materieller Deprivation leiden und/oder in einem Haushalt ohne oder nur mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung leben.					
² Armutsgefährdungsrate: Anteil der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des nationalen medianen Äquivalenzeinkommens.					
³ Anteil der Personen, die mindestens 4 von 9 Deprivationen ausgesetzt sind: Sie können ihre Miete oder Wasser-, Gas- und Stromrechnungen nicht bezahlen, die Wohnung nicht angemessen warm halten, keine unerwarteten Ausgaben tätigen, nicht jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder ein Proteinäquivalent essen, nicht einmal im Jahr für eine Woche Urlaub verreisen, sich kein Auto, keine Waschmaschine, keinen Farbfernseher oder kein Telefon leisten.					
⁴ In Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung lebende Menschen: Anteil der Personen von 0-59, die in Haushalten leben, in denen die Erwachsenen im vorhergehenden Jahr insgesamt weniger als 20 % gearbeitet haben.					
Quellen:					
Ausgaben für Sozialleistungen: ESSPROS; soziale Integration: EU-SILC.					

Table VIII. Leistungsindikatoren der Produktmärkte und Politindikatoren

Leistungsindikatoren DE	2001-2005	2006	2007	2008	2009	2010
Arbeitsproduktivität ¹ Wirtschaft insgesamt (jährl. Wachstum in %)	1,0	2,8	1,4	-0,3	-5,3	3,4
Arbeitsproduktivität ¹ verarbeitendes Gewerbe (jährl. Wachstum in %)	2,8	8,0	2,6	-5,6	-15,6	13,3
Arbeitsproduktivität ¹ Elektrizität, Gas, Wasser (jährl. Wachstum in %)	3,7	-6,4	4,3	3,4	-5,1	n.a.
Arbeitsproduktivität ¹ Baugewerbe (jährl. Wachstum in %)	0,2	-0,5	-1,6	-0,2	-2,3	0,3
Patentierungsquote im verarbeitenden Gewerbe ² (Quotient aus Patenten des EPA und Bruttomehrwert des Sektors)	5,2	4,7	2,4	n.v.	n.v.	n.v.
Politikindikatoren	2001-2005	2006	2007	2008	2009	2010
Durchsetzung von Verträgen ³ (Tage)	n.v.	394	394	394	394	394
Zeitaufwand für eine Unternehmensgründung ³ (Tage)	n.v.	24	18	18	18	15
FuE-Ausgaben (% des BIP)	2,5	2,5	2,5	2,7	2,8	n.v.
Personen mit Hochschulabschluss (% der 30- bis 34-Jährigen)	25,5	25,9	26,5	27,7	29,4	n.v.
Öffentliche Ausgaben für Bildung insgesamt (% des BIP)	4,6	4,4	4,5	n.v.	n.v.	n.v.
	2003	2005	2006	2008	2009	2010
Regulierung des Produktmarktes ⁴ , insgesamt (Index; 0=nicht reguliert; 6=stark reguliert)	1,6	n.v.	n.v.	1,3	n.v.	n.v.
Regulierung des Produktmarktes ⁴ , Einzelhandel (Index; 0=nicht reguliert; 6=stark reguliert)	2,6	n.v.	n.v.	2,4	n.v.	n.v.
Regulierung des Produktmarktes ⁴ , Netzindustrien ⁵ (Index; 0=nicht reguliert; 6=stark reguliert)	1,7	1,3	1,2	1,1*	n.v.	n.v.
³ Nähere Informationen zur Methodik des Indikators, einschließlich der Annahmen: http://www.doingbusiness.org/methodology . ⁴ Nähere Informationen den Indikatoren für die Regulierung des Produktmarkts: http://www.oecd.org/document/1/0,3746,en_2649_34323_2367297_1_1_1_1,00.html . Die neuesten verfügbaren für die Regulierung des Produktmarkts beziehen sich auf 2003 und 2008, ausgenommen Netzindustrien. ⁵ Aggregierte Zahlen des ETCR. * Angaben für 2007. ⁸ Wert = [(Indikator - EU-27-Durchschnitt)/Standardabweichung] *10 <u>Quelle</u> <i>Kommissionsdienststellen, World Bank Doing Business (Durchsetzung von Verträgen und Zeitaufwand für Unternehmensgründungen) und OECD (Indikatoren für die Regulierung des Produktmarkts).</i>						